

Telegraphische Depeschen.

* Baden-Baden, 18. Oct. Der Statthalter von Elsass-Lothringen, Generalfeldmarschall v. Manstein, traf heute Vormittag 11 Uhr von Straßburg hier ein und hatte von 1—2 Uhr Vortrag bei Sr. Maj. dem Kaiser. Abends 6 Uhr wohnte der selbe dem Diner bei Ihren Majestäten bei, an welchem auch die badischen Herrschaften teilnahmen, und lebte um 8 Uhr 40 Min. abends nach Straßburg zurück.

Berlin, 18. Oct. Das Vereinbarung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn kann als ungemein wichtige Thatsache angesehen werden. Man hat Gründe, zu glauben, daß der Vertrag bereits im Laufe der vergangenen Woche durch die allerdankbare Unterschrift beider Majestäten sanctionirt worden ist. (König B.)

* Breslau, 19. Oct. Früh. Nach einer aus Gleiwitz eingegangenen Meldung fand dort gestern ein Zusammenstoß eines Kavalleriezuges mit einem Personenzug statt, wobei zehn Wagen zerstört wurden. Ein Schaffner erlitt einen Rippenbruch, ein Breslauer wurde durch eine Quetschung beschädigt.

* Augsburg, 18. Oct. Heute Nachmittag 1 Uhr wurden bei dem Einsturz eines Theils des Kanalgewölbes in der Karolinenstraße zwei Arbeiter verschüttet. Die Rettungsarbeiten hatten bisher keinen Erfolg und sollen während der Nacht fortgesetzt werden.

Wien, 19. Oct. Im Adressausschuß des Abgeordnetenhauses erklärte Ministerpräsident Taaffe auf die Interpellation der Verfassungstreuen, daß Vorfälle über Verfassungsänderungen nicht unterbreitet werden sollen und daß die Regierung auch im administrativen Wege dem Geiste der Verfassung entsprechen werde. Der Finanzleiter Chertel gab ein Budgetveto und versicherte, daß bei der Beförderung der Steuerreform das Gleichgewicht des Budgets hergestellt sei und zur Deckung des 1880er Defizits eine Anleihe nicht notwendig erscheine, welche Erklärung von den verfassungstreuen Abgeordneten unglaublich aufgenommen wurde. Der Handelsminister Fecht v. Korb-Weidenheim drückte seine besten Hoffnungen bezüglich der wirtschaftlichen Verhältnisse aus unter Hinweis auf Deutschlands Annäherung. Er gab aber dabei keinerlei bestimmate Erklärungen über die Genuigtheit Deutschlands zu Tarifermäßigung ab; er hoffe, die Beihilfen der österreichischen Industrie und des Handels zu stützen und die bestehenden Hindernisse wegzuräumen. Auch diesen Neuheiten gegenüber zeigte sich auf verfassungstreuer Seite ein großer Skeptizismus, da die Versprechungen Deutschlands keineswegs zu so überschwenglichen Hoffnungen berechtigen. — Fürst Karl Schwarzenberg und sieben andere seculare Pairs meldeten im Abrechenschafts des Herrenhauses eine Minoritätsadresse an. (D. M.-Bl.)

* Wien, 19. Oct. Der Montags-Revue zufolge

ist der Rest der österreichischen Goldrente im Betrage von 6 Mill. fl., zu dessen Emission der Finanzminister im Mai erwähnt worden war, bereits durch die Bodencreditanstalt commissionweise veräußert worden.

* Paris, 18. Oct. Das Journal Messager de Paris erklärt die Gerüchte über die bevorstehende Convertierung der 5 Proc. Anleihe für unbegründet und schreibt, daß über diese Frage in dem jüngsten Cabinetkabinett diskutirt und auch beschlossen worden sei. Man habe sich dahin entschieden, daß die Convertitionsoperation infolge der ungenügenden Ernte, welche die Einführung von Nahrungsmittelprodukten für mehr als 600 Mill. frs. notwendig mache, unausführbar sei. Dieses Motiv allein würde genügen, die Convertition auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben, selbst wenn die auf die politische Ordnung bezüglichen Erwägungen nicht in so hohem Maße sich in der nämlichen Richtung geltend machen sollten.

* Manchester, 18. Oct. Salisbury hielt bei einem Vortrag eine Rede, worin er erklärte, England besaße Experten, um zu beweisen, daß die Regierung es für ihre Pflicht hält, einen neuen Eingriff Russlands zu verhindern. Was die Vertheidigung des Balkans angehe, sei er der Ansicht, daß bei der gegenwärtigen Situation wenig Urfache vorhanden sei, einen Angriff zu führen. Gleichviel, welche hebenhafte Politik die Türkei treibe, dürfe England das nicht abhalten zu verhindern, daß Russland nach Konstantinopel gehe. Die Aufgabe, zu verhindern, daß ein slawisches Reich sich von einem Meere zum andern ausdehne, falle Österreich zu. Wenn England kein Vertrauen mehr zu den türkischen Soldaten habe, so könne es den österreichischen vertrauen, welche an der Pforte Wache stehen. England habe in der Türkei keine große Nationalität aufrichten können, um Russland Widerstand zu leisten, weil dort keine homogene Nationalität vorhanden sei. Russland könne nicht weiter vorrücken, weil Österreich stark sei. Die Stärke und Unabhängigkeit Österreichs seien die Bürgschaft für die Stabilität des europäischen Friedens. Die Vorgänge der letzten Wochen berechtigen die Regierung zu glauben, daß, wenn Österreich angegriffen werde, es nicht allein stehen werde. Die Nachricht von dem Abschluß eines Offensiv- und Defensivbündnisses Österreichs und Deutschlands habe lebhafte Freude hervorgerufen. Salisbury gab einen historischen Überblick über die Vorgänge in Afghanistan, und erklärte, der Zweck Englands sei Vertheidigung, nicht Vergroßerung. (Wiederholte.)

* Brüssel, 18. Oct. Das Journal Europe will wissen, ob der belgische Gesandte beim Vatikan werde sich demnächst nach Brüssel begeben, wohin er von seiner Regierung berufen sei, um mit derselben über die Lösung der zwischen Belgien und dem Vatikan bestehenden Differenzen zu konferieren.

Petersburg, 19. Oct. Nachrichten, welche via

Orenburg hier eingetroffen sind, besagen, daß die befreundete Erforschung des Amur-Darjastusses entsendete russische Expedition bei ihren Forschungen von 100 berittenen Tele-Turken angeschlagen. Die Aghanen boten dagegen den Russen Gastfreundschaft an, obschon sie sich sehr reserviert verhielten, um nicht den Verdacht hervorzurufen, als ob sie in besonderen Beziehungen zu Russland ständen. Der ganze Lauf des Amur-Darja sowie dessen Zuflüsse sind als schiffbar befunden worden. (D. M.-Bl.)

* Bukarest, 18. Oct. abends. Die Deputirtenkammer hat heute den Gesetzentwurf zur Lösung der Judenfrage in der von dem Deputirtenkammere im Einvernehmen mit der Regierung und der Opposition modifizierten Fassung ohne Debatte mit 183 gegen 9 Stimmen angenommen; 2 Deputirte hatten sich der Abstimmung enthalten. Das Resultat der Abstimmung wurde mit Beifall aufgenommen. Die Regierung war zu der Überzeugung gelangt, daß ihr ursprünglicher Entwurf nicht die erforderliche Zweidrittel-Majorität erlangen würde, und sah sich daher veranlaßt, in Unterhandlung mit der Opposition zu treten und einige Amendements anzunehmen, welche sich ausschließlich auf die zur Erlangung des Indigenats zu erfüllenden Formalitäten beziehen, ohne das Wesen der Regierungsvorlage zu ändern. Das im Art. 44 des Berliner Vertrages ausgesprochene Prinzip der Gleichberechtigung der religiösen Bekennnisse wird in die rumänische Verfassung an die Stelle des bisherigen Art. 7 verfüllt aufgenommen. Nur die Namenslisten sind unterdrückt; indeß sind nach dem votirten Gesetz alle Personen, welche dem Lande wichtige Dienste geleistet haben, ferner diejenigen, welche große Etablissemensbesitz, sowie diejenigen, welche in Rumänien geboren und erzogen worden sind, von einem Aufenthaltsnachweis befreit. Es wird denselben die Naturalisation von den gewöhnlichen Kammern auf ihr persönliches Verlangen zugestanden. Da zu diesem Votum nur die einfache Majorität erforderlich ist, so hofft man dadurch leichter zur sofortigen Emancipation verhelfen zu gelangen, welche ein Recht auf Emancipierung besitzen und dieselbe wünschen. Diejenigen Israeliten, welche während des Krieges bei der Fahne gedient haben, werden en-bloc durch ein und dasselbe Votum naturalisiert. Das neue Gesetz hält die Bestimmung aufrecht, daß nur rumänische Bürger ländlichen Grundbesitz erwerben können. Nach der Bekündigung des Resultats der Abstimmung erklärte der Präsident der Kammer, Rosetti, daß die Revisionskammer ihre Arbeiten beendigt habe, und fügte hinzu, er sei so glücklich, abermals constatiren zu können, daß in allen schwierigen Verhältnissen, welche Rumänen zu überwinden gehabt habe — und es habe sich niemals in schwierigern Verhältnissen befunden als gegenwärtig — die Vertreter des Landes ihren innersten Gefühlen Schweigen aufzuerlegen gewußt hätten, um einmuthig

Eine Versammlung der christlich-socialen Arbeiterpartei in Berlin.

Am 17. Oct. hielt die Partei wieder eine Versammlung ab, über welche die «Post» berichtet:

Nachdem Dr. Stöder erschienen war, wurde die Sitzung mit dem Gesange: «Heil Dir im Siegerkranz», mit dem, wie Stöder bemerkte, Berlin auch seinen König am Tage der Rückkehr von der Schlacht bei Leipzig beim Eintritt ins Theater begrüßt hatte, eröffnet. Mit kurzen Worten wies Dr. Stöder sodann auf die doppelte Bedeutung des Tages hin, der der Erinnerung an die Schlacht bei Leipzig gilt und zugleich der Vorabend des Geburtstages unsers Kronprinzen, des Fürsten des Friedens und doch des tapfersten Helden ist, und erhielt alsdann sogleich das Wort dem Hauptmann a. D. v. Schmettau, der ein vom schönsten Patriotismus durchglühtes, scharf gezeichnetes Bild der Geschichte von 1806 bis zur Völkerschlacht entrollte, das Preußenvolk in den Tagen seiner Erneuerung und in denen der Erhebung schilderte und mit einigen Blüten auf die Gegenwart schloß. «Die schöne Saat der Völkerschlacht, der innere Friede, so etwa äußerte er sich, ist unserm Volke verloren gegangen. Niemals gab es so viel Ungesiedlichkeit wie heute, niemals so viel Parteien, und wenn man den Parteilärm beleuchtet, dann findet man den Kern der ganzen Frage in dem einen Worte: Wie bünkt euch um Christo? In der Stellung, die der eine oder der andere zu dieser Frage einnimmt, begründet sich auch seine politische Stellung. (Bravo!) Es handelt sich jetzt nur noch um die Frage: Soll

das deutsche Volk noch das Christenthum hochhalten oder soll es abschaffen in das Heidenthum, ja in die Teufeli, denn Abschaff vom Christenthum ist schlimmer wie Heidenthum, das ist eben Teufeli. Im Jahre 1813 war Ein Gott, Ein König, Ein Glaube, eine Treue, damals gab es noch nicht jene schändbare Presse, an der wir jetzt unsern Gott empfinden. (Bravo!) Wenn damals Leute aufgetreten wären und hätten die Zeitungen beschrieben mit so ekelhaften Gemeinheiten wie heute, kein anständiger Mensch hätte den Schmutz in die Hand genommen. (Bravo!) Kein Deutscher hätte das Zeug gedruckt. (Bravo!) Ohne Religion kann keine Nation, am allerwenigsten die deutsche, bestehen. (Bravo!), darum mit Gott für König und Vaterland! (Sturmischer Beifall.) Es tritt nunmehr eine kurze Pause ein, während der Dr. Stöder zur Verherrlichung an einer zum Besten der Unterstützungslosse des 6. Wahlbezirks entrückten Lotterie einlädt und seine als Broschüre erschienenen beiden Reden über das moderne Judenthum empfiehlt.

Dann wird die Debatte eröffnet und erhält zunächst Bäcker Knönnagel das Wort, der unter dem Widerspruch eines Theiles der Versammlung erklärt, daß 1848 die «Demokratie oder Volksfreiheit» nicht lebensfähig gewesen, ja sich ein Armutszeugnis gegeben. «Unser Volk geht seinem Untergange entgegen (Bravo!), aber zum Vortheil einer gewissen Klasse. (Bravo!) Die Fortschrittspartei hat auf ihren Wahlruf geschrieben: Auf die Schanzen! Im Jahre 1848 stand es ähnlich, da schrie man: Auf die Barrikaden! (Bravo! Sehr richtig!) Da ist ein Beamter der Stadt, beim Geburtstage des Königs ist er krank,

als aber kurz darauf der Stadttag tagt, da ist er schnell wieder gesund. (Bravo!) Zum Glück ist dem Fortschrittsfeind jetzt das Löwenfell abgezogen. (Beifall.) Dr. Stöder mahnt den Redner wiederholte, sich kurz zu fassen. Derselbe schließt infolge dessen mit dem Ausrufe: «Mit Gott für König und Vaterland!» Dr. v. d. Decken: «Meine Ahnen wurden von Karl dem Großen zu Rittern geschlagen, mein Großvater aber hat die Tochter eines Bäckers geheirathet, und meine Mutter ist die Tochter eines Bergmannes, es tolzt also Vollblut in meinen Adern, ich stelle Ihnen meine ganze Kraft zur Verfügung, ich will Ihnen dienen unter der Leitung des Heldengideons, unsers Stöder!» (Beifall.) Dr. Elias Cohn meldet sich zum Wort und ruft: «Mit Gott für König und Vaterland, das ist das einzige Richtige. Und er lebe hoch!» (Zuruf: Wer denn?) Dr. Stöder bittet, das Hochbringen nicht einreihen zu lassen.

Die Debatte wird hierauf geschlossen und ergreift das Wort Dr. Stöder, um über die Angriffe zu sprechen, die seine Thätigkeit und er erfahren. «Viele von Ihnen haben», so äußert sich Dr. Stöder, «die friedlichen Debatten gehört, die wir über das moderne Judenthum gehalten, selbst zwei Israeliten haben dies anerkannt, und was hat man in der Altenpresse daraus gemacht? Judentheorie hat man's genannt, aber widerlegt hat man nichts von dem, was wir gesagt. (Sehr richtig!) Man liegt, und das ist das erste Mittel, das man gegen uns zu Felde führt. Das zweite heißt beschaffte Verleumdung. Außer den Beziehungen zu Gott gibt es nichts Heiligeres, als das Verhältnis zwischen Sohn und Mutter. (Anhänger Beifall.)

vor Europa dem nationalen Willen Ausdruck zu geben. (Großer Beifall.)

Wie verlautet, wird der Senat morgen eine Sitzung abhalten, damit die Frage bis zum nächsten Montag erledigt werden kann.

* Konstantinopel, 19. Oct. In der gestern bezüglich der griechischen Grenzregulirungsfrage stattgefundenen Conferenz haben die griechischen Commissare erklärt, von der letzten türkischen Declaration Act zu nehmen. Die Fortsetzung der Besprechung wurde auf nächsten Montag vertagt.

* Konstantinopel, 19. Oct. (Offiziell) Saïd-Pascha ist zum Premierminister, Savas-Pascha zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Mahmud-Medun-Pascha zum Minister des Innern, Karifi-Pascha zum Präsidenten des Staatsrats ernannt worden. Savet-Pascha wurde mit der obersten Überwachung der Verwaltungszweige des Reiches beauftragt und erhielt die weitere Mission, alle einzuführenden Verbesserungen und Reformen direkt dem Sultan zu unterbreiten.

* Konstantinopel, 19. Oct. Nach weiterer offizieller Mittheilung sind ferner ernannt: Djedet-Pascha zum Justizminister, Kabri-Pascha zum Minister der öffentlichen Arbeiten und des Handels, Subi-Pascha zum Intendanten der den Moscheen oder fremmen Stiftungen gehörigen Güter (Evlaß) und Edib-Effendi zum Finanzminister.

Leipzig, 20. October.

Der Kaiser wird übermorgen in die Reichshauptstadt zurückkehren, und es heißt, daß er in Person den Landtag eröffnen werde. Der Kronprinz weilt mit seiner Familie in Italien; dort beginnt er vorgestern, am 18. Oct., seinen Geburtstag, zugleich den 30. Jahrestag seiner Volljährigerklärung, unter den Segenswünschen des preußischen und des ganzen deutschen Volkes, die ihn schon begleiteten, als er dorthin zur Kräftigung seiner etwas angegriffenen Gesundheit ging.

Die Erregung wegen des Ausfalls der Wahlen in Preußen macht allmählich der ruhigen Erwögung Platz: „Was nun?“ Es ist erfreulich, zu sehen, wie die Presseorgane der Regierung und der gemäßigt conservativen Partei mit denen der gemäßigt liberalen in dem Wunsche sich begegnen, aus den beiden letzten Gruppen eine Mittelpartei zu bilden, die stark genug sei, um eine Majorität in den wichtigsten Fragen des Landtages auch ohne das Centrum zu bringen, sodass die Regierung nicht veranlaßt wäre, auf die Unterstützung des letztern zu rechnen. Natürlich setzt dies voraus, daß die Regierung sich durch die weiter rechts stehenden Parteien, die wahrscheinlich allerhand stärkere Anforderungen an dieselbe stellen werden, nicht abdrängen lasse von der Linie einer weisen Mäßigung.

Bedenken erregt in dieser Hinsicht das Vorgehen des neuen Cultusministers v. Puttkamer. Die Frage wegen Errichtung von Simultanschulen, mit andern Worten, die Vereinigung von Schulen verschiedener Konfessionen zu einer Schule (selbstverständlich mit Trennung des Religionsunterrichts nach den Confessionen) war vom Minister Dr. Fall nicht als eine Principfrage, sondern als eine Frage der Zweckmäßigkeit je nach der Besonderheit des Falles behandelt worden. Wo eine solche Zusammenlegung entweider

einer Gemeinde die allzu schwere Schullast zu erleichtern, oder der Schule selbst durch bessere Verwertung der Lehrkräfte Nutzen zu bringen versprach, da hatte Dr. Fall diese Zusammenlegung gestattet — immer woh im Einverständnis mit den betreffenden Gemeinden, nirgends mit Zwang. Sein Nachfolger dagegen scheint diese Frage zu einer Principfrage zuspielen zu wollen, denn er hat auch an solchen Orten, wo die obigen Gründe für eine Simultanschule obwalten, und gegen den dringenden Wunsch der Gemeinden, die Aufhebung des Verbandes und die Wiederherstellung getrennter Confessionschulen verfügt.

Die Frage so zuspielen heißt aber erklären, daß die Volksschule nicht Sache des Staates und der Gemeinde, sondern der Kirche, d. h. einer bestimmten Confession, sei, heißt erklären, daß man den Gegensatz der Confessionen schon in den zarten Gemüthern der Jugend zum Bewußtsein bringen und festigen, daß man eine confessionelle, d. h. nach den Dogmen einer bestimmten Kirche bemessene Behandlung der ganzen Jugendbildung (nicht bloß der religiösen), also auch der Geschichte, der Naturwissenschaften etc. hergestellt sehn wolle — eine Tendenz, welche der ganzen Richtung unserer Zeit schurkisch widerspricht.

In diesem Punkte werden schwerlich — oder wir müßten uns sehr täuschen — selbst die gemäßigtsten Liberalen mit Hrn. v. Puttkamer einig gehen können. Es wäre bedauerlich, wenn durch einen schroffen Gegen- satz in solchen und ähnlichen Fragen die Verständigung der Liberalen mit der Regierung, zu welcher im übrigen so gute Aussicht zu sein scheint, erschwert würde.

Den Eintritt des Hrn. v. Bennigsen in das Abgeordnetenhaus begrüßen wir als ein günstiges Anzeichen dafür, daß dieser bisherige Führer des rechten Flügels der National-Liberale seine Zeit wiedergemommen, glaubt und sich von neuem dem verdienstlichen Geschäft der Parteileitung im gemäßigten Sinne neben seinem Freunde Miguel widmen will.

Die Evangelische Generalsynode zu Berlin (deren Verhandlungen wir fortlaufend mittheilen) hat bisher einen einzigen Beschluss von principieller Wichtigkeit gefaßt, den wegen Verbindung der theologischen Staatsprüfung (des durch die Maigefüße eingeführten sogenannten Culturexamens) mit der theologischen Candidatenprüfung, und zwar so, daß die Examinateure die gleichen seien sollen. Ist auch zuzugeben, daß die Sache bei den evangelischen Candidaten in Bezug auf allgemeine Bildung anders liegt als bei den katholischen, so dürfte es doch schwer sein, das Culturexamen bei letztern aufrecht zu erhalten, wenn man es bei erstem aufhöre oder, was ungefähr auf dasselbe hinauskommt, es mit der theologischen Candidatenprüfung schlechthin verschmilze. Außerdem hat die Synode sich für Einführung eines allgemeinen deutschen Buchstages an Stelle der vielen particularen und für Mahregeln gegen die Trunksucht ausgesprochen, in welchen beiden Beziehungen man ihr gern beipflichten kann.

Die bairische II. Kammer hat — nicht ohne den lebhaften Widerspruch einer Minorität — einen Maßauschlag von 6 M. auf das Heftoliter genehmigt, jedoch nur bis zum 1. Jan. 1882.

Die ebenso wohlmeinenden als kräftigen Worte, welche der Stathalter von Elsass-Lothringen, Generalfeldmarschall v. Manteuffel, zu den Deputationen bei der Länder gesprochen, haben sicherlich in ganz Deutschland freudigen Widerhall gefunden. Gewiß wird das

Deutsche Reich für die geistliche Entwicklung beider Länder und auch für ihre möglichste Selbstbestimmung alles thun, was es kann; aber jeder Versuch zu einer Wiederloslösung derselben von Deutschland muß, wo immer er auftauchen sollte, mit aller Entschiedenheit bekämpft und eventuell nachdrücklich bestraft werden.

Ob wirklich zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn ein förmliches Offensiv- und Defensivbündnis abgeschlossen worden, wie der englische Minister des Auswärtigen, Graf Salisbury, in einer unlangst gehaltenen öffentlichen Rede als zweifellos hingestellt, oder ob man es bei bloßen mündlichen, allerdings wol sehr eingehenden Verständigungen betrifft, der allgemeinen Lage und der Stellung beider Reiche dazu, wobei sich eine vollkommene Identität der Interessen beider herausstellt, habe beweisen lassen, wie die «Presse» glaubt, ist noch ungewiß; von der hohen Wichtigkeit der zu Wien getroffenen, ob schriftlichen, ob mündlichen, Abmachungen zeugt der Umstand, daß die deutsche Reichsregierung für nötig befunden, dem sogenannten diplomatischen Ausschuß darüber Mittheilung zu machen.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus hat sich sowohl bei der Wahl des Präsidiums als bei der des Abrechausschusses gezeigt, daß die sogenannten Autonomisten, die Vertreter des Stammesparticularismus, die Mehrheit haben und die Verfassungspartei in die Minorität herabgedrückt ist. Unter den Vorlagen der Regierung ist das Wehrgezetz von besonderer Wichtigkeit. Dasselbe verlangt die Weiterbewilligung eines sogenannten eisernen Heeresbestandes auf volle zehn Jahre, bis 1889. Was von Erfahrungen am Militärbudget in der Thronrede gesagt war, bezieht sich, wie man jetzt vernimmt, lediglich auf eine größere Zahl von Beurlaubungen für das nächste halbe Jahr. Ist auch eine solche mäßige Erfahrung keineswegs zu unterschätzen, so darf man doch nicht, wie manche Stimmen, mit gehässigen Seitenblicken auf die Heeresverwaltung des Deutschen Reiches, alsbald gehahn, daran eine wirkliche, bleibende Reduktion des österreichischen Heeresbestandes machen.

Die Wahl eines der zurückgelehnten Communards, Humbert, in einem Stadtteil von Paris zum Mitglied des Gemeinderates vernichtet, indem sie die immer weiter gehenden Ziele der radicalen Partei entlädt, die Verlegenheiten der Regierung. Noch ist das Cabinet fest; ob es aber wirklich auch, wie manche Blätter behaupten, noch auf eine Mehrheit in der Kammer gegenüber jenen radicalen Tendenzen zu rechnen hat, wenn Gambetta nicht aus seiner zweideutigen Stellung heraus- und dem Cabinet offen zur Seite tritt, scheint und dann doch zweifelhaft.

Die Engländer sind glücklich in Kabul eingerückt. Was sie nun mit dem eroberten Afghanistan anfangen werden, ist noch ungewiß.

In Irland beginnen bedenkliche agrarische Bewegungen, Agitationen zur Auflehnung der Pächter gegen ihre Grundherren.

In Belgien hat der Kampf der Bischöfe gegen das freimaurische Schulgesetz seinen Höhepunkt erreicht; die Bischöfe bedrohen jeden Lehrer, der an einer Schule lehrt, mit der Excommunication.

Aus Spanien werden große Überschwemmungen gemeldet, die auch zahlreiche Menschenleben gefestet haben.

Ich bitte, lassen Sie dieses Beifallsrufen! Besonders daß Verhältnis zu einer kranken Mutter. Selbst dieses Verhältnis hat man nicht geschont, um mich zu kränken. Nach zwei Tagen ist dann erklärt worden, es sei alles nicht wahr, was man gegen mich gesagt habe. Das dritte Mittel, was man gegen uns anwendet, ist unerhörte Unverschämtheit. Ich würde ganz anders reden müssen, wenn ich die volle Wahrheit sagen wollte. Ich bin erstaunt, wenn ich sehe, wie in diesen Dingen der Name des Kaisers gebraucht wird. Diese Leute wissen gar nicht, daß ein preußischer Unterthan nur antworten darf, wenn er gefragt ist. Daß ich über alle diese Dinge völlig erhaben bin, wissen Sie (Ja wohl!); ich denke auch, es ist niemand unter Ihnen, der nicht weißt, daß das alles Verleumdung ist. (Ja wohl!) Der Staatsanwalt wird schon sein Uebriges thun, und ich hoffe, er wird es gut thun. Redner gab nunmehr seiner Freunde Ausdruck, daß nach einer Zeit des schweren Taumels, nach einer Zeit der Phrasen und Redensarten endlich eine solche der Ernüchterung gekommen sei, und schloß mit der Aussicht, fest an der Partei zu halten. (Bravo!) Außer dem beachtigenden Polizeilieutenant wohnte diesmal den Verhandlungen ein Beamter in Civil bei, der die von den einzelnen Rednern geäußerten Worte genau aufzeichnete.“

Das Berliner Montags-Blatt erzählt: „Lord Odo Russell, der seinerzeit in Anerkennung seiner Verdienste um den Friedensschluß vom März 1871 zum englischen Gesandten am kaiserlich deutschen Hofe ernannte Diplomat, ist im Besitz zahlreicher Bismarck-Anekdoten, um welche Moritz Busch und Genossen ihn ernstlich bene-

den blüsten. Als eine der drolligsten, welche der Lord aus seinen eigenen Erlebnissen mit dem Reichskanzler zu erzählen pflegt, sind wir in der Lage die folgende aus authentischer Quelle mitzuteilen: Russell besuchte Bismarck eines Tages in seinem Palais in der Wilhelmstraße, als beide in Berlin sich persönlich noch nicht besonders nahe gerückt waren, und im Laufe des Gesprächs äußerte der Lordtheilnahmevermögen, daß ein Mann wie Bismarck gewiß von lästigen Besuchern überlaufen werde. «Wie», fragt er, «sangen Sie es denn nur an, diese alle los zu werden?» Der Kanzler dehnte sich beschwingt und meinte lächelnd: «Da habe ich schon meine Haussmitteleien; z. B. kommt meine Frau, die Fürstin, herein und pflegt mich unter irgendeinem Vorwand abzurufen. Raum war dieses Wort gesprochen, da öffnet sich die Thür, herein tritt die Fürstin und wendet sich zärtlich an ihren Gemahlt: «Ottoschen» (sie spricht zu dem Hündchen im Diminutiv) »überig auch nicht, deine Kleidin einzunehmen!« Daß der Lord gute Miene zum bösen Spiel mache, die Sache von der heiteren Seite aufnahm und sich schmunzlig entfernte, versteht sich von selbst.“

Der Pall-Mall Gazette schreibt man aus Kopenhagen über eine dänische Nordpolexpedition: „Die Anwesenheit Sir Allan Young's hier selbst steht, wie es heißt, im Zusammenhang mit der von einem jüngst in Hamburg abgehaltenen wissenschaftlichen Congress vorgeschlagenen Idee, den Versuch zu machen, dem Nordpol sich nach und nach mittels einer Reihe von Stationen zu nähern, die allmählich einen engen Kreis um diesen Punkt herumziehen sollen. Grönland gehört Dänemark. Es ist bekannt, daß die Regierung beabsichtigt, einen ziemlich beträchtlichen Credit zur Befreiung der Kosten einer Nordpolexpedition zu verlangen, um nicht hinter den Schweden zurückzustehen, und es geht das Gericht, daß Sir Allan Young bezüglich dieses Projects zu Rate gezogen werden wird. Die Expedition wird, falls sie zu Stande kommt, von irgendeinem Punkte in Grönland aufbrechen.“

— Von dem im Verlage von J. J. Weber in Leipzig erschienenen Buche: „Literatur und Cultur des neun-

zehnten Jahrhunderts. In ihrer Entwicklung dargestellt von Professor Dr. J. J. Honegger“, ist eine zweite, durchgehende und vermehrte Ausgabe soeben ausgegeben worden. Der Verfasser, durch sein flinkändiges Werk: „Grundsteine einer allgemeinen Culturgeschichte der neuesten Zeit“, bekannt, hat sich hier an die Aufgabe gewagt, auf engstem Raum die Entwicklungsgeschichte einer so reichhaltigen Literatur- und Culturepoche zu schreiben, wie es das 19. Jahrhundert ist. Es kann daher nicht auffallen, daß seine Charakteristiken des Einzelnen zum Theil doch gar zu kurz und summarisch, seine Urtheile mehr orakelhaft knapp, auch wol etwas dunkel, als wohlgegründet und eingehend erscheinen. Wer sich indeß nur im allgemeinen über diese Periode orientieren will, der hat allerdings auf nicht mehr als 350 Seiten Politik, öffentliches Leben, Volkswirtschaft, Technik, exakte Wissenschaften, Schöne und gelehrte Literatur etc. — alles beizummen.

— Die soeben erschienene 70. Lieferung von Wands „Deutsches Sprachwörter-Lexikon“ enthält die erfreuliche Mittheilung, der Verlagsbuchhandlung F. A. Brockhaus in Leipzig, daß trotz des am 4. Juni d. J. erfolgten Todes des verbienten Herausgebers die Vollendung des Werkes in der bisherigen Weise versprochen werden kann, da die von demselben gesammelten Zusätze und Ergänzungen (die bereits bis zum F gedruckt sind) bis zum Schlusse des Alphabets vorliegen. Somit wird dieses deutsche Nationalwerk, das sich mit Recht einen „Hausschatz für das deutsche Volk“ nennt, mit dem bereits zu zwei Dritteln erschienenen fünften Bande binnen nicht zu langer Zeit vollständig vorliegen.

— Beihier Blätter bringen unter den Inseraten folgenden Widerau: „Die gegen den Drittvorsteher Gottschling aus Predel ausgesprochene Bekleidung nehme ich zurück und erkläre, daß nicht Derselbe ein Spitzbube ist, sondern ich selbst. Lorenz Freiherr.“

Das Ru

Der Neubau
den 1. I. 1.
schreiben
Wien,
haben geru
und soll a
Boll i
Bertrauen
die erste E
zu dem id
Verantwort
Staatsmar
der Monat
Dingebund
Aufgabe,
das Wert
gönnt wa
Weizjahrneh
lich zu erk
leinerer L
jedoch We
bestehen zu
tentation
entsprechen
als indem
ernster Fäl
Friedens u
Die E
unter den
aufrecht zu
Orient ge
Friedens i
und dem A
der befreit
Pflicht, b
hege das E
tung der S
begreifen.

Ich w
dass die E
unsere In
Fragen w
Achtung w
Verhältnis
im gleichen
ganze Sow
Beziehungen
pflegen.
Kaisers un
bitte, mir
Sie sich f
säumen w
werden, r
nassen hat
liegen nich
Indem pe
pechte den
benutze ich
Ein s
lienischen
dieser ha
Tone erl
von ihm
beschuldigt
Regeln d
haben, in
pechte ver
der euro
sagte:

Weine
dington di
Wunsch au
Ministeriu
Tage, da
erhalten ha
ihm vor,
sehr alte C
nach dem
es unserri
Vielzahl mi
übernomme
so ungerech
liche Seiten
in einem M
Ministeriu
„Die Zeit
schon entst
England a
gen diese
wie diese

Ich tel
Umfang d
ich von d
eröffnete,
erstaunt w
fester in
gewesen in
die Forder
Portefeuille
unfern Be
eignete n
sagt, „finst
Justiz ein
abermaile
Unterredun

Ich tel
ich von d
eröffnete,
erstaunt w
fester in
gewesen in
die Forder
Portefeuille
unfern Be
eignete n
sagt, „finst
Justiz ein
abermaile
Unterredun

Das Rundschreiben des Ministers Haymerle.

Der Minister des kaiserlichen Hauses und des Neuborn Fr. v. Haymerle hat seinen Amtsantritt den 1. 1. Missionen im Auslande mit folgendem Rundschreiben notificirt:

Wien, 9. Oct. 1879. Se. Maj. der Kaiser und König haben geruht, mich zu ihrem Minister des kaiserlichen Hauses und den auwärtigen Angelegenheiten zu ernennen.

Voll tieffest Dankes für dies besondere Zeichen des Vertrauens unsers erhabenen Gebieters, vertheile ich mir die erste Verantwortung nicht, die ich mit dem hohen Amte, zu dem ich berufen wurde, übernehme. Das Gefühl dieser Verantwortlichkeit ist in mir um so lebendiger, als ich einem Staatsmann folge, der unserm erhabenen Souverän und der Monarchie so hervorragende Dienste geleistet hat. Die Hingabe, von der ich für unsern erhabenen Gebieter durchdrungen bin, ermuthigt und unterstutzt mich in der Aufgabe, die mir anvertraut worden. Sie besteht darin: das Werk meines Vorgängers fortzuführen. Da es mir verügt war, an diesem Werke aus dem Congress von Berlin teilzunehmen, könnte ich mich dessen überheben, ausdrücklich zu erklären, daß der Rücktritt des Hrn. Grafen Andrássy keinerlei Modifizierung unserer Politik involviert. Ich lege jedoch Wert darauf, keinerlei Zweifel in diesem Punkte bestehen zu lassen, weil ich die Überzeugung habe, den Intentionen Sr. Maj. des Kaisers und Königs nicht besser entsprechen, der Monarchie nicht besser dienen zu können, als indem ich jener politischen Richtung folge, die inmitten einer Fülle von Möglichkeiten unserm Vaterlande die Wohlthaten des Friedens und die Aufrechterhaltung seines Ansehens geschahrt hat.

Der Congress von Berlin hat das gute Einvernehmen unter den Mächten besiegelt (consacrè). Diese Entente aufrecht zu erhalten, den politischen Zustand, den sie im Orient geschaffen, zu festigen, der Wiederherstellung des Friedens die Verhügung folgen zu lassen, der Industrie und dem Handel Sicherheit zu bieten, erscheint mir eine der besten Aufgaben, und ich erachte es als meine erste Pflicht, hieran mit all meinen Kräften zu arbeiten. Ich habe das Vertrauen, daß die f. l. Regierung in dieser Richtung der Zustimmung und Unterstützung der andern Mächte begegnen werde.

Ich werde mit der größten Sorgfalt darüber wachen, daß die Ehre und die Würde der Monarchie erhalten und unsere Interessen gewahrt werden. In den austauschenden Fragen werde ich stets den Geist der Verhältnislichkeit, die Achtung vor den Rechten anderer und die wohlwollende Verständigung ihrer Interessen wahren lassen, denen wir im gleichen Maße für uns zu begegnen wünschen. Meine ganze Sorgfalt werde ich also darauf vertheilen, die guten Beziehungen zu den fremden Mächten zu erhalten und zu pflegen. Ich appelliere an Ihre im Dienste Sr. Maj. des Kaisers und Königs bewährte Hingabe, indem ich Sie bitte, mir Ihre erleuchtete Unterstutzung zu leisten. Halten Sie sich überzeugt, daß ich für meinen Heil nichts verschämen werde, um das Anrecht auf ein Vertrauen zu erwerben, welches mein Vorgänger so verdientenmaßen gezeigt hat und das Sie sicherlich einem ehemaligen Collegen nicht versagen werden.

Indem ich Sie ermächtige, von der gegenwärtigen Depeche den Ihnen geeignet erscheinenden Gebrauch zu machen, benufe ich die Gelegenheit ic.

Politische Enthüllungen.

Ein Mitarbeiter des pariser Figaro hat den italienischen Botschafter General Cialdini aufgesucht und dieser hat ihm, wie es steht, in ziemlich erregtem Tone erläuternde Auskünfte über das in der That von ihm eingezogene Entlassungsgesuch gegeben. Er beschuldigte seine Regierung, sich über die einschlägigen Regeln des diplomatischen Gebrauchs hinwegfest zu haben, indem sie im Gründbuch eine vertrauliche Depesche veröffentlichte, die einen höchst delikaten Punkt der europäischen Politik berührte. Der Botschafter sagte:

Meine Regierung hatte mich beauftragt, bei Hrn. Waddington die Grinde geltend zu machen, welche Italien den Wunsch aufzudrängen, in dem internationalen ägyptischen Ministerium mit vertreten zu sein. Noch an demselben Tage, da ich diese Interaktion in einer offiziellen Depesche erhalten hatte, rief ich Hrn. Waddington auf. Ich stellte ihm vor, daß Italien in Ägypten durch eine starke und sehr alte Kolonie vertreten sei, daß seine Interessen gleich nach England und Frankreich lägen und daß wir es unserer Landsleute schuldig wären, ihnen im Range des Vicereis einen Anwalt zu geben. Hrn. Waddington erwiderte mir, die Verbindlichkeiten, die er gegen England übernommen, machten es ihm unmöglich, meinem Antrage beizustimmen. Ich bat ihn dringend, mir die Gründe einer so ungerechten Ausschließung zu bezeichnen, die völkerrechtliche Seite der Frage aufzuwekamen zu prüfen und mir erst in einigen Tagen eine bestimmte Antwort zu geben. Der Ministerpräsident wollte darauf nicht eingehen, sondern sagte: „Die Zeit kann an der Sache nichts mehr ändern, da sie schon entschieden ist.“ Auch von seinem Verhältniß zu England abgesehen, fügte er hinzu, könne er das Verlangen Italiens nicht in Betracht ziehen, da ihm die Interessen dieses Landes in Ägypten eine so wichtige Maßregel wie diese nicht zu erkennen schienen.

Ich telegraphierte diese Unterredung sofort in ihrem ganzen Umfang an Hrn. Cairoli. Einige Stunden später empfing ich von diesem eine Depesche, welche mir ohne Umschweife eröffnete, daß das Cabinet über meinen Misserfolg sehr erstaunt wäre, zumal der General Menabrea, unter Botschafter in London, bei Lord Salisbury ungleich glücklicher gewesen wäre. Der englische Minister wäre bereitwillig auf die Forderung Italiens eingegangen und hätte selbst das Portefeuille des Justiz als dasjenige bezeichnet, welches für einen Vertreter im Ministerium Nubar-Pascha's das geeignete wäre. „Die Italiener“, hätte Lord Salisbury gesagt, „sind sehr starke Juristen; wir wollen ihnen also die Justiz einräumen.“ Auf diese Depesche begab ich mich abermals zu Hrn. Waddington und gewann in einer langen Unterredung mit Ihrem Minister des Neuborn die Über-

zeugung, daß Lord Salisbury nicht sehr offen mit dem General Menabrea umgegangen sein muhte, und daß vielmehr England und Frankreich in der That übereingekommen waren, Italien von dem ägyptischen Ministerium auszuschließen. Ich teilte diesen meinen Eindruck aber richtig mit meiner Regierung mit. Diesmal empfing ich eine scharfe Abfuhr. Man warf mir vor, daß ich mit meinen Forderungen nicht energisch genug aufgetreten und nicht Hrn. Waddington zu verstehen gegeben hätte, daß seine Ablehnung die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern in Frage stellen könnte. Ich war sprachlos über diese Depesche, denn es ist gegen allen Brauch, daß ein Botschafter einer befremdeten Regierung mit einem Bruch drohe, ohne zuvor ausdrücklich dazu ermächtigt worden zu sein. Wie wichtig mir die schwedende Frage auch schien, konnte ich mich nicht entschließen, an diese Versprechungen ein Ultimatum zu knüpfen. Schon wollte ich mir bestimmtere Instructionen erbitten und für den Fall, daß die Unterhandlungen eine für die guten Beziehungen der beiden Länder bedrohliche Wendung nehmen sollten, meine Entlassung geben, als ich erfuhr, daß das Gründbuch die vertrauliche Depesche enthielt, in welcher ich über meine erste Unterredung mit Hrn. Waddington Bericht erstattete.*

Sehr konnte ich nicht länger zögern. Sofort sandte ich

Hrn. Cairoli meine Entlassung in einer Form, welche über die Univerzitatslichkeit des Schrittes keinen Zweifel lassen konnte.

In der That war die so unbedachtam in dem Augenblick, da die Kammern nicht tagten und die Politik

ruhte, veröffentlichte Depesche für die italienischen Blätter ein gesundes Futter, und die Publication übte auf unsere Landsleute die bedauerliche Wirkung. Ich befand mich in einer Sackgasse, aus der ich um jeden Preis einen Ausweg suchen muste.

Da der Journalist die Hoffnung aussprach, daß das Entlassungsgesuch nicht angenommen werden werde, entgegne der General:

Ich werde jedenfalls nichts thun, um es ungeliehen zu machen. Ich bin sehr eigenartig, wie ich auch schon einmal zu euren Gunsten, ihr Franzosen, gezeigt habe. Als

im Jahre 1870 alle Welt auch im Stiche ließ, wagte ich

allein in unserm Senat, zu verlangen, daß Italien für

Frankreich gegen Deutschland Partei nehme. Als dann Hr.

Thiers zu uns kam, um unsere Allianz zu erwirken, sandte

er in mir den eifrigsten Freund und Vertheidiger seiner Sache. Es ist dies mit der Grund, weshalb ich als Botschafter hierher geschickt wurde. Ich liebe Frankreich neben meinem Vaterlande. Ob mein Nachfolger in diesen Unterhandlungen glücklicher sein wird als ich, weiß ich nicht; jedenfalls kann auch er sich die Veröffentlichung von Depechen so vertraulicher Natur nicht gefallen lassen. Eine solche diplomatische Anomalie müßte, wenn sie sich wiederholte, bei den fremden Regierungen das größte Mißtrauen wach rufen und den Botschafter, der von ihr betroffen wird, in eine ganz falsche Position bringen.

Die Evangelische Generalsynode in Berlin.

Auf der Tagesordnung der Sitzung vom 18. Oct. steht zunächst folgender Antrag des Grafen Rothkirch-Trach:

Hochwürdige Generalsynode wolle beschließen: Die Bestimmung in §. 5 der Generalsynodalordnung: „Die Generalsynode hat mit dem Kirchegesetz des Königs der Erhaltung und dem Wachsthum der Landeskirche auf dem Grunde des evangelischen Bekennnisses zu dienen“, und der Auszug in §. 18: „Einheit der evangelischen Landeskirche in Bekennnis und Union, in Cultus und Verfaßung“, sind im Sinne des §. 1: „Der Bekennnissstand und die Union in den genannten Provinzen und den dazu gehörenden Gemeinden werden durch dieses Verfaßungsgesetz nicht berührt“.

Graf Rothkirch:

Die Annahme des Antrags ist eine Notwendigkeit, denn er wird zur Stärkung des lutherischen Gottesdienstes und der Gewissenbrüder wesentlich beitragen. Die Befreiung des Brofessors ob die §§. 5 und 18 der Generalsynodalordnung im Sinne des §. 1 interpretiert werden müssen, kann nur von der Generalsynode gehoben werden; die Hebung aber ist zur Verhügung geängelter Gewissen eine unabwiesbare Notwendigkeit; weder der Bekennnissstand noch die Union darf durch die Bestimmungen dieses Verfaßungsgesetzes berührt werden, das müssen wir offen aussprechen.

Hr. v. Wedell gibt namens seiner Freunde (Positive Union) die Erklärung ab, daß sie eine Verlassung zu dieser Interpretation nicht einsehen könnten, und schlägt folgende motivierte Tagesordnung vor:

In Erwägung, daß mit der Union auch der Bekennnissstand der evangelischen Landeskirche gewahrschafft ist und die Bestimmung des §. 1 der Generalsynodalordnung die Vorauflösung der §§. 5 und 18 bildet, geht die Generalsynode zur Tagesordnung über.

Professor Beyschlag beantragt eine anderweit motivierte Tagesordnung:

In Erwägung, daß die geforderte einseitige Erklärung missverständlich und die Union und Einheit der evangelischen Landeskirche gefährdet erscheint, eine thätschliche Verlassung zu einer derartigen Erklärung auch nicht nachgewiesen ist, geht die Synode zur Tagesordnung über.

Professor Köslin-Halle hat ein Bedürfnis zu einer Declaration, wie sie Graf Rothkirch beantragt, nicht anerkennen können; aber um keinen Zweifel über die Stellung eines großen Theils der Evangelischen Vereinigung zu lassen, haben deren Mitglieder sich dem Antrage auf die motivierte Tagesordnung des Hrn. v. Wedell angeschlossen, um auch ihrerseits ausdrücklich auszusprechen, daß sie ganz und voll auf dem Boden der Kirchenverfassung stehen und jeden Paragraphen derselben für gleichwertig und gleich bindend mit den übrigen betrachten. (Bravo!)

*) Diese Darstellung stimmt, wie man auf den ersten Blick erkennet, jedenfalls nicht mit den Daten; der Reporter des Figaro muß den Botschafter missverstanden haben.

Präsident des Oberkirchenrates Hermes:

Ein Bedürfnis zu der Declaration ist um so weniger vorhanden, als hier wie in jedem andern Gesetz die Bestimmungen der einzelnen Paragraphen nur harmonisch untereinander verhandeln werden können. §. 1 enthält die grundlegende Bestimmung für das ganze Gesetz, die durch die §§. 5 und 18 zu alterieren ich für zulässig nicht erachten kann. (Beifall.) Eine Bedurftung des lutherischen Bekennnissstandes kann somit nicht in Betracht kommen. Ich kann mir demnach den Antrag v. Wedell wohl aneignen, sie aber keine Notwendigkeit, auf den Antrag Beyschlag einzugehen.

In der Abstimmung wird der Antrag Beyschlag abgelehnt, die motivierte Tagesordnung des Hrn. v. Wedell mit großer Majorität angenommen.

Hr. Kübelmann-Stettin referiert hierauf über einen Antrag des Provinzialsynodalvorstandes von Pommern betreffend die Diözesansynoden. Er stellt den Antrag, den Oberkirchenrat zu ersuchen, die Ablegung des Gründbuchs wieder zugelassen. Der Antrag wird jedoch mit 83 gegen 78 Stimmen abgelehnt.

Landshaftsrath Holt referiert namens der Finanzcommission über die Vorlage betreffend die Remuneration der Superintendenten für Bureauabdrücke. Die Commission beantragt:

1) Anerkennung des unabwiesbaren Bedürfnisses einer Entschädigung für Bureauaufwendungen; Normierung des Mindestbetrages auf 400 M. jährlich; 2) die Verwendung eines Theiles der Kirchensteuer ist unangemessen dafür; 4) die Remunerationen werden auf Staatsfonds übernommen und zur Disposition der Consistorien der einzelnen Provinzen gestellt.

Die Anträge der Finanzcommission ad 1 und 2 werden einstimmig, Nr. 3 und 4 mit großer Mehrheit angenommen.

Bon den Herren Stöcker und Tauscher ist folgender Antrag bei der Generalsynode eingegangen:

Hochwürdige Generalsynode wolle beschließen: In Erwägung, daß ein großer Theil der Bestimmungen der Instruction des Evangelischen Oberkirchenrates vom 31. Oct. 1873 sich nur auf die erste Einführung der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. Sept. 1873 bezieht und gegenwärtig nicht mehr zutreffend ist; in weiterer Erwägung, daß seit Einführung der neuen kirchlichen Verfaßung vielfache Erfahrungen gemacht worden sind, welche, abgesehen von den beiden Nachtragsinstructionen des Evangelischen Oberkirchenrates und der sonstigen Consistorien niedergelegt sind; endlich in Erwägung, daß das Kirchengesetz betreffend die Verlehung kirchlicher Pflichten im Bezug auf Taufe, Confirmation und Trauung, auf neue wesentliche Ergänzungen beziehungsweise Änderungen der Instruction vom 31. Oct. 1873 notwendig macht; beantragt die erste ordentliche Generalsynode bei dem hochwürdigen Evangelischen Oberkirchenrat, daß hochwürde zur Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. Sept. 1873 eine neue Instruction erlassen solle, welche unter Aufhebung der bisherigen hierauf bezüglichen Erlasse und Anordnungen 1) alle zur Ausführung und Erklärung der Kirchengemeinde- und Synodalordnung bisher ergangenen Bestimmungen zusammenfaßt, die in Zukunft noch anwendbar und notwendig, und in den drei vorgenannten Instructionen des Evangelischen Oberkirchenrates, sowie in den später darauf bezüglichen einzelnen oberkirchlichen Erlassen und Consistorialverfügungen enthalten sind; 2) von einer Erläuterung der sogenannten Qualificationsbestimmungen in §§. 34 und 35 der Kirchengemeinde- und Synodalordnung Abstand nimmt; 3) bei Ergänzung beziehungsweise Auflösung der kirchlichen Wählerlisten fernherin nur eine mildliche Anmeldung zuläßt; 4) als Termin für die Belebung der kirchlichen Gemeindewahlen für die sechs östlichen Provinzen einen der Sonntage zwischen dem Erntedankfest und dem Todtentfest, und als Termin für den Beginn der Amtstätigkeit der Mitglieder der kirchlichen Gemeindeorgane den auf ihre Wahl folgenden 1. Jan. festsetzt.

Deutsches Reich.

Aus Berlin vom 8. Oct. berichtet man der Kölnischen Zeitung: „Nicht ohne große Bedenken hat Kaiser Wilhelm sich bewegen lassen, in die neue Wendung der Dinge zu willigen, die zu der Allianz mit Österreich geführt hat. Aber der Übermut und die Feindseligkeit Russlands waren so weit gesiegen, daß die Selbstachtung Deutschlands nötigste, auf seine eigene Sicherheit bedacht zu sein. Seit Menschenaltern genoss der deutsche Schandte in Russland eine bevorzugte Stellung, und auch General v. Schwerin war bisher vom russischen Hof sehr wohl gelitten. Das hatte sich zu dessen eigenem Erstaunen völlig geändert. Er sah sich vernachlässigt und den französischen Botschafter auffallend ausgezeichnet. Der Großfürst Nikolaus, der Bruder des Kaisers, erschien in Berlin, stieg in der russischen Botschaft ab, erklärte, er verweile hier nur incognito, trat aber ans Fenster und freute sich, wenn er von preußischen Offizieren erkannt und begrüßt wurde; von dem Kaiser und dem kaiserlichen Hof nahm er keine Notiz. Man könnte noch andere Beispiele dafür anführen, daß die feindlichen Ereignisse der russischen Presse nicht ohne hohe Begünstigung stattfanden. Die Ratifikation des Allianzvertrages mit Österreich ist, wie gemeldet, im Laufe dieser Woche bereits erfolgt. So kann es nicht wundernehmen, daß der englische Minister Lord Salisbury davon wie von einer vollendeten Thatsache spricht. Aus seiner Rede in Manchester sowie aus den Reden des Ministers Croft geht deutlich hervor, wie freudig die neue Wendung der Dinge von der englischen Regierung begrüßt wird.



England hat jetzt, was so lange sein Wunsch gewesen war, eine Allianz auf dem Festlande für den Fall, daß Russlands Uebergreissen entgegengetreten werden müßte. Russland scheint im letzten Augenblicke eingesehen zu haben, daß es in seinem Auftreten gegen Deutschland zu weit gegangen sei; Fürst Bismarck hatte einmal das Bergnügen, die russischen Botschafter Orlow, Lobanow und Dubril zugleich an seiner Tafel zu sehen; seine Entschlüsse waren aber gesetzt. Er pflegt sonst in Dresden, München und Stuttgart durch die preußischen Gesandten Mitteilungen über Deutschlands auswärtige Angelegenheiten zu machen, sodass die Thätigkeit des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten nicht vermählt wird. Diesmal hatte er den deutschen Ministern die Mittheilung gemacht, daß wichtige Dinge vorlägen, und wenn der Ausschuss zusammenträte, sein Stellvertreter, der Graf Stolberg, beauftragt sei, Auskunft zu ertheilen. Hier herrscht allgemeine Befriedigung über das Bündnis mit Österreich, welche auch vom Centrum getheilt wird."

Der Weser-Zeitung berichtet man aus Berlin vom 18. Oct.: „Im preußischen Etat für das nächste Jahr sind die Matricularbeiträge nur mit 22 Mill. M. in Ansatz gebracht, also mit der Hälfte des diesjährigen Betrages. Im Reichsstaat würden die Matricularbeiträge also nur mit 45 anstatt 90 Mill. M. figurieren. Die Mehreinnahmen aus Zölle und Tabak werden demnach auf 60—70 Mill. M. veranschlagt.“

Der ultramontanen Deutschen Reichszeitung in Bonn schreibt man aus München:

Der siebenjährige Krieg zwischen Kirche und Staat, der „Culturmampf“, neigt sich zum Ende. Binnen wenigen Wochen wird der Abschluß der Verhandlungen zwischen Rom und Berlin erfolgt sein. Über die Basis des Friedensschlusses wurde in Gastein eine vollständige Einigung erzielt und nach Erledigung der Formalien wird die Publication alsbald erfolgen. Der preußische Landtag wird bei seinem Zusammentritte vor einer vollendet Thatsache, vor dem Friedensabkommen stehen, dem er seine Sanction zu ertheilen haben wird. Das letztere geschieht, darüber läßt die Zusammenfassung und die Parteiconstellation des neuen Landtages keinen Zweifel übrig. Über den Inhalt des Friedensabkommens müssen wir uns noch Reserve aufstellen. Gewiß ist, daß der Heilige Stuhl bis an die äußerste Grenze der Concessions gegangen ist. Es ist ungut möglich, hier von einem Siege oder einer Niederlage zu sprechen.

Das ultramontane Blatt glaubt aber selber nicht an die Richtigkeit dieser Mittheilung. Es sagt: „Wie oft ist das schon gesagt worden, und immer wieder war nichts daran. So wird es wohl auch diesmal sein.“

Die Magdeburgische Zeitung erhält folgende Nachricht:

In Bezug auf den Versuch des Hrn. Leutner, den Großen Kurfürsten zu heben, lauten die neuerdings eingegangenen Nachrichten mehr Vertrauen erweckend als fröhlich, sodass die Hebung nicht nur als einigermaßen gesichert, sondern auch als ziemlich nahe bevorstehend in sachverständigen Kreisen angesehen wird, vorausgesetzt freilich, daß die hergelangten Mittheilungen über den gegenwärtigen Stand der Vorarbeiten sich völlig bewähren werden. Es soll nämlich gelungen sein, das beim Zusammenstoß mit dem andern Schiff verursachte Leck durch eine starke Platte vollständig zu schließen. Es ist damit in der That eine der Voraussetzungen der Hebung erlebt worden, die nicht geringe Schwierigkeiten bot. Um dies zu erreichen, mußte eine ganz beflobere sinuöse Vorlehrung angewendet werden. Die Schrauben nämlich, mit denen die Platte befestigt wurden, wurden am oberen Ende mit starken Haken versehen, welche in den das Leck umgebenden Planken befestigt wurden. Alsbald wurden die Schrauben angezogen und so unter ganz bedeutender Kraftanwendung die Platte an den Schiffsrumpf befestigt, sodass das Leck völlig dicht geschlossen ist. Nach Beendigung dieser Arbeit haben wiederholte Versuche das kaum erwartete günstige Resultat gehabt, daß sich der Rumpf als im übrigen unverletzt erwiesen hat. Die nächste Aufgabe ist nun das Befestigen der zur Hebung erforderlichen Pontons, worauf alsbald bei anbauendem günstigem Wetter an die Hebung selber gegangen wird. Daß keine Zeit versäumt werde, dazu mahnt außer andern Gründen auch die Gefahr des baldigen Herannahens der stürmischen Jahreszeit. Dem eigentlichen Act der Hebung beabsichtigen die Lords der englischen Admiraltät, welche die Angelegenheit mit großem Interesse verfolgen, auf einem Kanonenboot beizuwöhnen. Auch der Kapitän des großen englischen Schiffes Vanguard, welches in der Nähe des Großen Kurfürsten gleichfalls in den Grund gehobt wurde, hat seine Theilnahme an dem Hebeungsact angemeldet.

Preußen. Die National-Liberale Correspondenz ist der Ansicht, daß die Action des Cultusministers v. Puttkamer gegen das Hall'sche System der Kirchen- und Schulpolitik sich zunächst nicht in einer principiellen Abänderung der neuern Gesetzgebung documentiren, wohl aber im Gebiete der Verwaltung sich alle Mühe geben werde, innerhalb des Rahmens dieser Gesetzgebung den Wünschen der Feinde derselben nach Möglichkeit entgegenzukommen. Objektiv wenigstens habe von Gesetzesvölkern zur Abänderung der Hall'schen Gesetzgebung, die in der bevorstehenden Landtagssession vorgelegt werden sollten, nichts verlautet; dagegen gäben alle Handlungen und Neuerungen des Cultusministers Bezeugnis davon, daß er dem Geiste jeder Gesetzgebung zuwiderzuhandeln bestrebt sei, soweit dies ohne deren offensbare Verleugnung geschehen könne. „Auf dem Gebiete der Kirchen- und Schulpolitik“, sagt die National-Liberale Correspondenz, „wird der heftigste Kampf in der bevorstehenden Landtagssession entbrennen; hier vor

allem wird es sich zeigen, ob die Reaction Gespenstersehre oder handgreifliche Wirklichkeit ist; hier wird der principielle Gegensatz der liberalen zu den ultramontan-conservativen Parteien zum schärfsten Ausdruck kommen, denn es ist unvermeidlich, daß alsbald die gelegentlichen Neuerungen oder vereinzelten Amtshandlungen des Cultusministers, aus denen man jetzt den Geist des neuen Systems sich zu konstruiren genötigt ist, zu einem bestimmten und klaren Programm sich verdichten.“

Die Tribune bemerkt in einem Artikel über die Schritte des Hrn. v. Puttkamer gegen die Simultan-Schulen:

Wenn Hinz und Kunz um 10 M. streiten, so wird ihr Prozeß unter den sichernden Formen des gerichtlichen Verfahrens von unabkömmlingen Richtern entschieden, und sobald es geschehen, gibt es keine Macht im Staate, welche der obliegenden Partei ihr Recht nehmen könnte; wenn eine Privatrechte berührende Maßregel zur Verhüllung der Rebsaus ergripen werden soll, so müssen der König und beide Häuser des Landtages zusammenmüssen, um zu dem Zwecke ein Gesetz zu erlassen; wenn aber eine große Anzahl Communes des Landes wider ihren Willen gewünscht werden soll, früher im Einverständniß mit der Staatsregierung getroffene Schuleinrichtungen wieder zu zerstören, so genügt dazu Ein Festerstrich eines Ministers, der gestern selbst der abhängige Untergabe eines Ministers war und es morgen vielleicht wieder ist!

Der Schwäbische Merkur äußert über das Vor gehen gegen die Simultan-Schulen in Preußen:

Man wird über die Maßregeln des neuen preußischen Cultusministers gegen die Simultan-Schulen ein abhängiges sachliches Urteil sich erst bilden können, wenn einmal die Gründe bekannt sein werden, mit denen der Minister sein Verfahren zu rechtfertigen suchen wird, wozu ihm in der bevorstehenden preußischen Landtagssession wohl bald Gelegenheit gegeben sein wird. Über Eine Seite des Geschehens, über seine Unzweckmäßigkeit zur Zeit, kann man jetzt schon kaum im Zweifel sich befinden. Allgemein besteht, natürlich abgesehen von den Extremen auf beiden Seiten, der Wunsch, daß im neuen preußischen Abgeordnetenhaus eine wirkliche Mittelpartei aus dem Zusammenhalten der gemäßigt conservativen und der besonnen liberalen Bestandtheile sich bilde oder doch jedesmal im einzelnen Falle, wo es nötig, sich zusammenfinde. Erfreulicherweise kommen diesem Wunsche Stimmen aus jenen beiden gemäßigten Lagern und aus dem der Regierung entgegen. Da kommen die Maßregeln des Cultusministers in Elbing und anderswo und droben, den guten Anfang wieder zu zerstören. Man wird wol einwenden, daß es eben ungerichtet von liberaler Seite wäre, diese Frage, die Frage der Simultan-Schule, zu einer principiellen zu erheben, gleich zu sagen: da sehr ihr's wieder, die Regierung ist illiberal und uns bleibt nur die Opposition. Aber, wenn es auch wahr ist, daß im allgemeinen jene Schulfrage besser als eine nur praktische behandelt würde, daß man weiter käme, wenn man nur im einzelnen Falle untersuchen würde, ob das Zusammenlegen bisher getrennter konfessioneller Schulen zu einem gemeinschaftlichen System von Schulen ohne Rücksicht auf die Konfession notwendig oder nützlich sei, so wird doch der Zeitpunkt, in welchem H. v. Puttkamer an einigen Orten dasvorsichtshalber, aus dem obigen Grunde so unfehlbar wie möglich wirken. Wer hat es denn in der Hand, daß die Simultanfrage nicht zu einer principiellen erhoben wird? Ist dies nicht von ultramontaner Seite bereits geschehen, und fordert dies die Gegner nicht geradezu heraus, ihrerseits auf ihre entgegengesetzten Grundsätze hinzuweisen und auf diesen zu bestehen? Wird aber dieser Streit nicht eine Verwirrung hervorrufen, die auf den Zusammenschluß der gemäßigten Parteien notwendig von schädigendem Einfluß sein wird? Das sind ernsthafte Fragen, die sich aus Anlaß jenes Vorgehens gegen die Simultan-Schulen in Preußen nicht abweisen lassen.

Der Magistrat zu Elbing erläßt unter dem 16. Oct. folgende Bekanntmachung:

Nachdem durch Verfügung des Herren Cultusministers vom 14. Oct. angeordnet worden ist, daß die von uns im Einverständniß mit der königlichen Regierung in Danzig für den Beginn des Wintersemesters in Aussicht genommene Simultanisierung der hiesigen Knabenschule — entsprechend der bereits seit drei Jahren bejüngten der Mädchenschulen bestehenden Einrichtung — wieder rückgängig gemacht werden soll, sind wir genötigt, die Akten der schulpflichtigen Knaben hierdurch aufzufordern, dieselben fortan wieder in diejenigen Schulen zu schicken, welche sie bis zum Beginn der Herbstferien besucht haben. Der Unterricht beginnt Montag, 20. Oct., vormittags 8 Uhr.

Wie die Altpreußische Zeitung gerüchtweise mittheilt, gehen einflußreiche Persönlichkeiten der Stadt Elbing mit dem Gedanken um, ein Immunitätsversuch an den Kaiser, welches die ganze Bürgerschaft unterzeichnet soll, um Gewährung der Simultan-Schule in Scene zu setzen.

Aus Hannover erhielt auch die National-Zeitung am 17. Oct. folgendes Telegramm:

Hr. v. Bennigsen hat sich entschlossen, das ihm angetraute Mandat zum Abgeordnetenhaus anzunehmen. Ausschlaggebend war für ihn das Gefühl der ihm durch die gegenwärtige politische Lage erwachsenen Verantwortung.

Dazu bemerkt die National-Zeitung: „Wir können nur unsere volle Bestiedigung über den von Hrn. v. Bennigsen vollzogenen Schritt und die Motivierung desselben aussprechen. In der That legt das außerordentliche Vertrauen, welches Hr. v. Bennigsen in sehr weiten Kreisen genießt, ihm auch besondere Verpflichtungen auf, und Hr. v. Bennigsen hat sich, nachdem die Entwicklung der Lage gerade diese Verantwortlichkeit so scharf hervorlebt, seinem lebhaften Pflichtgefühl nach einer solchen Aufforderung nicht entziehen mögen. Es kann auf der andern Seite für alle, welche Hrn. v. Bennigsen kennen und die Verhältnisse erwägen, unter welchen er seinen vordern Entschluß

feste, seinem Zweck unterliegen, welchen schweren inneren Kampf ihn ein Entschluß gelöst haben muß, der mit seinen persönlichen Gefühlen und Wünschen keineswegs harmonirt. Man wird ihm den gethanen Schritt um so höher veranschlagen müssen.“

Aus Berlin vom 18. Oct. meldet man der Augsburger Allgemeinen Zeitung: „Die Annahme des Landtagsmandats durch Bennigsen wird hier auf Bismarck'sche Einflüsse zurückgeführt und als ein neues Zeichen für die Bildung einer liberalen Mittelpartei aufgefaßt. Man vermutet: es werden gleiche Einflüsse für die Wahl Bennigsen's zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses aufgeboten werden. Wie es scheint, will sich die Regierung nicht auf das Centrum stützen.“

Die Magdeburgische Zeitung schreibt unter dem 18. Oct.: „Hr. v. Bennigsen ist, wie wir hören, nicht bloß von seinen anhänglichen hannoverschen Landsleuten und Parteigenossen, sondern auch von andern gewichtigen Seiten her dringend gebeten worden, sich dem Abgeordnetenhaus nicht zu entziehen. Wenn er diesen Aufforderungen nunmehr nachgegeben hat, so wird unter obwaltenden Umständen die natürliche Consequenz wos sein, daß er wiederum zum Präsidenten des Hauses gewählt wird. Diese Wahl hätte dann zur Folge, daß zwei conservative Vicepräsidenten neben ihm traten und nicht, wie im Reichstage das Centrum mitbedacht würde. In der augenblicklichen Lage wäre dies von mehr als gewöhnlicher Bedeutung. Es könnte leicht der Session ihren Stempel aufdrücken. — Die national-liberale Fraktion wird sich unter Miquel's und Ritter's Leitung voraussichtlich eine feste Organisation zu geben suchen, als sie fast von jeher leider hatte. Alle wichtigen Abstimmungen werden fortan wahrscheinlich als Fraktionsfragen behandelt werden.“

Selbst das in der Regel doch ziemlich weit links stehende Berliner Tageblatt ist mit der Bildung einer conservativ-liberalen Mehrheit wohl zufrieden — immer vorausgesetzt, „daß jede Zumuthung, nach Canossa zu gehen, damit ein für allemal zurückgewiesen sei“. Den Wiedereintritt v. Bennigsen's betrachtet dasselbe als ein Anzeichen, daß „Dinge geschehen seien, welche es ihm ratsam erscheinen lassen, nochmals jene Verlücke aufzunehmen, mit denen er nach den Weihnachtsstagen 1877 scheiterte“. Dazu möchten wir bemerken, daß Hr. v. Bennigsen solche „Versuche“, wie damals, so auch jetzt schwerlich unternommen wird, ohne dazu von der andern Seite veranlaßt zu sein.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes über die Neorganisation der allgemeinen Landesverwaltung, mit dessen endgültiger Revision man im Ministerium des Innern gegenwärtig lebhaft beschäftigt ist, verlautet jetzt nach der Magdeburgischen Zeitung, daß der Ministerrat den Anträgen des Staatsministers Grafen zu Eulenburg beigetreten ist. Danach werden die Bezirkspresidenturen und Landdrosteien aufgehoben. An die Spitze der Verwaltung eines jeden Regierungsbezirks tritt ein Regierungspräsident mit bureaukratischer Gewalt. Die Aufhebung des Collegialsystems bezieht sich jedoch nur auf die bisherige Abteilung des Innern, während alle übrigen Angelegenheiten aus dem Rechte der Bezirkspresidenturen, als: Schulsachen, Domänen, Forsten und Regalien, Steuern und Medicinalangelegenheiten besondern collegialisch zusammengefügten Behörden übertragen werden sollen. Zu diesem Zwecke werden Domänen- und Forstdirectionen, Steuerrichtungen, Provinzialschulcollegien und Medicinalcollegien eingesetzt, beziehentlich beibehalten. Der Gesetzentwurf, welcher zahlreiche Einzelbestimmungen über die Besitznisse der Oberpräsidenten und Bezirkspräsidenten sowie über den Geschäftsbereich der neuen Behörden enthält, wird sehr umfangreich werden. Die Einführung des französischen Präfektensystems in die Abteilung des Innern wird im Landtage voraussichtlich den wichtigsten Streitpunkt bilden.

Thüringische Staaten. Eisenach, 19. Oct. Gestern ist hier der frühere Landtagspräsident Dr. Fries von den höchsten besteuerten des Bezirks mit 105 von 155 Stimmen zum Landtagsabgeordneten gewählt worden. Diese Wahl hat diesmal ein besonderes Interesse. Es war nämlich gegen die Wiederwahl von Fries aus dem neustädtler Kreise eine recht unfaire Ausschlaggebend war für ihn das Gefühl der ihm durch die gegenwärtige politische Lage erwachsenen Verantwortung.

Dazu bemerkt die National-Zeitung: „Wir können nur unsere volle Bestiedigung über den von Hrn. v. Bennigsen vollzogenen Schritt und die Motivierung desselben aussprechen. In der That legt das außerordentliche Vertrauen, welches Hr. v. Bennigsen in sehr weiten Kreisen genießt, ihm auch besondere Verpflichtungen auf, und Hr. v. Bennigsen hat sich, nachdem die Entwicklung der Lage gerade diese Verantwortlichkeit so scharf hervorlebt, seinem lebhaften Pflichtgefühl nach einer solchen Aufforderung nicht entziehen mögen. Es kann auf der andern Seite für alle, welche Hrn. v. Bennigsen kennen und die Verhältnisse erwägen, unter welchen er seinen vordern Entschluß

und Brüder
richtung ei
und Vorh

Der
vom 18. S
zeigt hier
zustimmen
und Defen
gezeichnet
eines gesa
und Ost
doch wird
Defensivb
politischen
Erleichter
festgestell
Vertragisch
andern G
soll dabei
Italien u
handlungen
Bewillig
Begeiste
Gemeinen
die Steppe

Aus
Allgemeine
Marquis
hester über
sofern irrige

— Wie
geweckt v
von Fluss
15. Oct.
geäußert,
burg mögl
Wien nehm
— Aus
Zeitung
Besuch des
scheint auf
sein Entlo

* Part
öffentlicht
Staatsminis
Paris,
einigen W
falsche Nach
welche die
die Beschw
Republik,
gen die B
gen, Aufsc
gewalt tau
durch Verw
ungsarten
die Autori
unruhigen
folge dessen
Schriften i
schen entge
den. Emp

Das L
wischen B
Der Tem
seien noch
und die
Ministeriu
so schnell
einer offe
Amnestie
Gambetta
beginnigt
das Blatt
Amnestie

Die f
suchen zw
Nachricht
Rente obo
von Glast
scheint jed

Der
verschieden
gegen die
Die Regiu
die Beam
Demoustr
beweisen u
vor der S
und um
legen, hat
Begeordn
einem Ba
Gesundhei

und Prüfungskommission zu empfehlen. Auch die Errichtung einer kunstgewerblichen Centralstelle für Muster und Vorbilder wurde beschlossen.

Österreich-Ungarn.

Der Kölnerischen Zeitung schreibt man aus Wien vom 18. Oct.: "Salisbury's Rede in Manchester erzeugt hier das größte Aufsehen und im allgemeinen Zustimmung. Lediglich der Ausdruck Offensiv- und Defensivallianz stößt auf Widerspruch. Nach ausgezeichnet verblüfften Angaben kann zwar die Existenz eines geschriebenen Vertrages zwischen Deutschland und Österreich heute nicht mehr bezweifelt werden, doch wird ausdrücklich betont, daß es sich nur um ein Defensivbündnis handle. Die gegenseitigen handelspolitischen Bugeständnisse sollen sich zunächst nur auf Erleichterungen im Grenzverkehr beziehen, doch soll festgestellt werden, daß diese Bugeständnisse keinen der Vertragschließenden verhindern, ähnliche Bugeständnisse anderer Grenznachbarn zu machen. Für Deutschland soll dabei zunächst an Frankreich, für Österreich an Italien und den Orient gedacht werden. Die Verhandlungen zwischen dem ungarischen und österreichischen Bevollmächtigten über etwaige Deutschland zu machende Bugeständnisse haben heute hier begonnen. Im allgemeinen ist aber in hiesigen unterrichteten Kreisen die Sepsis noch vorherrschend."

Aus Wien vom 18. Oct. wird der Augsburger Allgemeine Zeitung berichtet: "Die Bemerkung des Marquis Salisbury in seiner gestrigen Rede zu Manchester über das deutsch-österreichische Bündnis ist insofern irrig, als ein Offensivbund nicht existirt."

Wie der Politischen Correspondenz aus Kopenhagen geweilt wird, haben der Großfürst-Chronfolger von Russland und seine Gemahlin bei ihrer am 15. Oct. erfolgten Abreise von Kopenhagen die Absicht geäußert, bei ihrer Rückreise von Cannes nach Petersburg möglicherweise ihren Weg über Smolensk und Wien nehmen zu wollen.

Italien.

Aus Rom vom 17. Oct. wird der Kölnerischen Zeitung berichtet: "Der vom Vatican erwartete Besuch des Kronprinzen des Deutschen Reiches scheint aufgegeben zu sein. — Cialdini ist bereit, sein Entlassungsgefangen zurückzuziehen."

Frankreich.

* Paris, 18. Oct. Das officielle Journal veröffentlicht folgendes Circularschreiben des Justizministers an die Generalstaatsanwälte:

Paris, 17. Oct. 1879. Herr Generalstaatsanwalt! Seit einigen Wochen verbreiten gewisse Zeitungen gewissenlos falsche Nachrichten und an Stelle der lokalen Discussion, welche die öffentliche Meinung aufklären kann, legen andere die Beschimpfung und Schmähungen gegen die Regierung der Republik, indem sie sich zum öfters bestätigten Angriffen gegen die Verfassung hingeben. Aufdringlicher Kundgebungen, Aufforderung zum Umturz der gesetzlichen Staatsgewalt tauchen in den Versammlungen, in den Reden und durch Veröffentlichungen jeder Art auf. Solche Verschwörungen, wenn sie gebüdet würden, müßten nur zu bald die Autorität der Gesetze schwächen, die Verstärkungen beunruhigen und die Interessen des Landes gefährden. Infolge dessen ersuche ich Sie, den Tribunalen alle Reden, Schriften und Handlungen zuzuweisen, die Ihnen den Gegenen entgegen und zur Verfolgung geeignet erscheinen werden. Empfangen Sie sc.

Der Siegelbewahrer, Minister der Justiz

E. Leroyer.

Das Rundschreiben findet auch in vielen republikanischen Blättern eine sehr kritisirende Kommentirung. Der Temps meint, Verfolgungen gegen die Presse seien noch keine Regierungssprograme. Die Radikalen und die monarchische Opposition erklären, daß das Ministerium sich mit dieser Reaktionsspolitik nur um so schneller zu Grunde richte. Der Temps sucht in einer offensichtlich inspirierten Note Gambetta von der Amnestiecampagne zu begagieren, indem er schreibt, daß Gambetta solche Campagne der République française beginnstigt habe, doch trotzdem in keiner Weise durch das Blatt gebunden sei und seine Haltung in der Amnestiefrage nach den Umständen regeln werde.

Die Börse ist äußerst bewegt. Die Offiziellen suchen zwar zu beruhigen mit Dementirungen der Nachricht von einer bevorstehenden Conversion der Rente oder von Verwickelungen mit Italien infolge von Cialdini's Dimission; der gefürchtete Börsenkraich scheint jedoch schon in vollem Gange.

Der Siegle freut sich über die Absehung der verschiedenen Maires, welche an den Kundgebungen gegen die Republik in letzterer Zeit teilgenommen. Die Regierung, schreibt er, hat wohl daran gehan, die Beamten abzusezen, welche diesen aufrührerischen Demonstrationen beigeistimmt haben. Sie hat damit beweisen wollen, daß sie fortan vor allem die Achtung vor der Verfassung und den Gesetzen fordern wird, und um diese Absicht noch klarer an den Tag zu legen, hat sie zu gleicher Zeit einen Maire und einen Beigeordneten im Parlement abgesetzt, weil diese einem Banket zu Ehren Blanqui's, worin auf die Gesundheit der rothen Fahne getrunken und die drei-

farbige Fahne verleugnet worden war, beigewohnt hatten.

Die France veröffentlicht folgende auf die Hal tung der République française in der Amnestiefrage bezügliche Note: "Eine zuverlässige Persönlichkeit, welche in der Presse ist, den wahren Sachverhalt zu kennen, versichert uns, daß Dr. Gambetta der von der République française zu Gunsten der vollen Amnestie unternommenen Polemik vollkommen fremd ist. Die Initiative zu diesem Feldzuge sei von Hrn. Ranc ausgegangen. Man kann ihn bekämpfen, aber man muß gestehen, daß von einem Manne wie er diese Campagne sich leicht erklärt: er mag nicht von einer Massregel Vorheil ziehen, ohne daß sie auch seinen Leibgenossen zugute käme. Man wird dies binnen kurzem öffentlich erklären, weil Dr. Gambetta nicht länger in diesem Streit gezogen sein will."

Der Soleil veröffentlicht ein Schreiben seines Berichtstatters Pahamont in Turin, welcher vor kurzem eine Unterredung mit dem Fürsten Goritschakow gehabt hat. Der Correspondent hält die Lage in Frankreich für sehr kritisch und glaubt dasselbe bedroht, ein demütiger Satellit Deutschlands zu werden, welches sich von der Mündung der Schelde bis zu denen der Donau ausbreiten werde, und erzählt eine Unterredung mit Rossuth, der ihm gesagt habe, die Verantwortlichkeit für die gegenwärtige österreichische Politik treffe das Haus Habsburg und nicht Andrassy; Ungarn sei unrettbar verloren, es werde noch einige Jahre im Schleppzug von Deutschland und zu dessen ausschließlichm Nutzen vegetiren. Rossuth beklage die Verblendung der ungarischen Patrioten, welche die Allianz mit Deutschland für eine unabdingte Notwendigkeit ansiehen, um Russland im Schach zu halten. Er meint, die unvermeidliche Folge der österreichisch-deutschen Allianz werde eine französisch-russische Allianz sein. Er behauptet, daß, wenn der Kampf ausbreche, Deutschland seinerseits hinreichend beschäftigt sein und Österreich-Ungarn allein dem slawischen Anfall zu widerstehen haben werde. Bismarck suche Frankreich einzuschließen, weil er es verüchten wolle; aber die französischen Staatsmänner würden sich nicht wie Napoleon hinter Licht führen lassen. Frankreich möge den Rath Goritschakow's befolgen, stark zu sein und auf der Hut zu bleiben. Er glaubt, Andrassy werde nächstens wieder als Großkanzler in Scène treten.

— Aus Paris vom 18. Oct. schreibt man der Kölnerischen Zeitung: "Einem der Corpscommandanten, der sich vorgestern bei Grévy beklagte, daß man die Offiziere, welche die Communisten verurtheilt, als Henker und Mörder behandle, antwortete der Präsident Grévy: «General! Sie können sich beruhigen, ich bin nach Paris gekommen, um diesem Treiben ein Ende zu machen. Die Achtung vor der Armee liegt mir ebenso am Herzen wie die Achtung vor dem Gesetz.»"

Großbritannien.

† London, 17. Oct. Der Standard sagt in einem längeren Leitartikel über die in Neapel in Scène gesetzten Friedensbestrebungen, es seien dies Träumereien einiger unpraktischer Philanthropen. Bei der Abschlußfrage würde es sich sofort darum handeln, wer denn eigentlich zu bestimmen habe, wie viel Truppen jeder Staat zu halten berechtigt sein solle, und hierin könnte nur der Mächtigste das entscheidende Wort sprechen; diese Macht sei Deutschland, speziell Fürst Bismarck. Die philanthropistischen Schwärmerien verwandeln sich also in einen Machtspruch des Gewaltigsten. Nicht die stehenden Armeen rufen den Krieg hervor, sondern die Furcht vor dem Kriege mache die stehenden Heere unvermeidlich. Ob die Friedensliga etwa ein Mittel habe, diese Furcht zu bannen? Man müsse mit Thatsachen rechnen; eine Verständigung zwischen Deutschland, Österreich und England sei eine bessere Garantie für die Erhaltung des Friedens als irgendwelche Truppenverminderung.

Königreich Sachsen.

Das Dresdner Journal vom 19. Oct. veröffentlicht eine Bekanntmachung des Gesamtministeriums, durch welche die Versammlung der Stände zu einem ordentlichen Landtage auf den 3. Nov. d. J. nach Dresden einzuberufen wäre.

— Das Dresdner Journal meldet jetzt ebenfalls, daß Se. Maj. der König den Präsidenten des Reichsgerichts Dr. Simson und den Ober-Rechtsanwalt Hrn. v. Sedendorff im königlichen Schloss in Audienz empfangen hat.

— Das Dresdner Journal berichtet aus Dresden vom 17. Oct.: "Der nach Art. 8 der Verfassungsurkunde für das Deutsche Reich bei dem Bundesrat bestehende, aus den Bevollmächtigten der Königreiche Bayern, Sachsen und Württemberg und zwei vom Bundesrat alljährlich zu wählenden Bevollmächtigten anderer Bundesstaaten (gegenwärtig Baden und Mecklenburg-Schwerin) gebildeten Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten ist gestern unter dem Vorsitz des königlich bairischen Staatsmi-

nisters v. Preyschuer zusammengetreten, um Kenntniß von der gegenwärtigen politischen Lage zu erhalten. Hierbei ist denselben durch den Stellvertreter des Reichskanzlers, den Grafen zu Stolberg-Wernigerode, die gewünschte, die Mitglieder des Ausschusses durchaus befriedigende Auskunft ertheilt worden."

— Der durch den Tod des Geheimrathes Dr. v. Weber erledigte Posten eines Referenten im Gesamtministerium ist (nach den Dresdner Nachrichten) dem Geh. Justizrat Held übertragen worden, der aus diesem Anlaß eine Rangerhöhung zum Geheimrath erfuhr. Nur bezüglich der kirchlichen Angelegenheiten, für welche die in evangelicis beauftragten Staatsminister competent sind, hat das Referat im Gesamtministerium der Geh. Regierungsrath Meusel übertragen erhalten. Daß das Amt eines Directors des Staatsarchivs auf den Geh. Regierungsrath v. Wibleben übergeht, meldeten wir schon früher.

— „Zum Duell in Zittau“ schreibt die Dresdner Zeitung unter 18. Oct. „Das Bestinden des verwundeten Regierungsraths Dr. Roscher ist glücklicherweise ein günstiges und soll zu Befürchtungen keinen Anlaß mehr geben. Die Nachricht des hiesigen Localblattes, wonach der Gegner Roscher's, Hrn. Billig, flüchtig geworden sein sollte, ist wiederum unwahr; Hrn. Billig geht heute noch frei in Zittau herum.“

Die Dresdner Nachrichten schreiben: „Über das Bestinden des Regierungsraths Dr. Roscher meldet der ihm behandelnde Arzt Dr. Kießling unter 18. Oct. früh:

Der Regierungsrath Dr. Roscher hat die Nacht auch ohne Schlaftmittel gut geschlafen. Sieber ist bis jetzt nicht eingetreten. Der Verband wurde nicht gewechselt.“

Den Dresdner Nachrichten ging betreffs ebendieses Duells von dem Schwager des einen Duellanten, des Hrn. Billig, folgende „Verichtigung“ zu:

In Nr. 290 bringen die Dresdner Nachrichten eine Mitteilung über den bedauernswerten Vorfall, welcher zwischen den Herren Regierungsrath Dr. Roscher und meinem Schwager, Redacteur Billig, am letzten Mittwoch zum blutigen Auftag gebracht worden ist. In dieser Mitteilung sind die dem Duell vorangegangenen Thatfachen in so vollständig unrichtiger Weise dargestellt, daß der mit den Verhältnissen nicht näher bekannte Leser zu dem Glauben kommt, daß die Morgen-Zeitung sich die Verunglimpfung des Hrn. Dr. Roscher zum eigenlichen Ziel ihrer Bestrebungen gemacht habe. Thatächlich liegt aber die Sache so, daß die Morgen-Zeitung in ihren politischen und wirtschaftlichen Bestrebungen auf den Hrn. Dr. Roscher als Gegner stieß und daß es Dr. Roscher war, der den schroffen gewordenen sachlichen Streit zuerst in beleidigender Weise auf das Verblüffende hinüberspielte. Der bemerkene Raum in diesem Blatte und das gegebene Wort, welches meinen Schwager verpflichtet, das Vergangene vergessen sein zu lassen, hindert auch mich, hier auszuführen, wie endlich alles zu dem traurigen Schluß gelommen ist. Ich kann mich bei diesem notwendigen Stillschweigen ja auch um so mehr beruhigen, da die Untersuchung, welche sich selbstverständlich auch mit den Umständen zu beschäftigen hat, die zu dem Duell geführt haben, alles klar stellen muß. Meiner Meinung nach würde eine ausführliche Besprechung des dem Duell Vorausgegangenen auch noch den einzigen möglichen Nutzen befringen, den diese Art, Handel auszutragen, überhaupt haben kann. Soviel ich als Entschuldigung des Duells gehört habe, sollte dasselbe den alten Zwist beseitigen; diese Absicht geht aber verloren, wenn all das Widerwärtige jetzt wieder aufgeschrifft wird. Ich glaube daher mit Sicherheit annehmen zu können, daß — trotz der einzeitig wohlwollenden Besprechung dieser Art, die Sache ans Tageslicht zu ziehen, wie es im Artikel der Dresdner Nachrichten geschah, den Intentionen des Betroffenen und seiner Freunde nicht entspricht. Meinerseits auch von der Absicht erfüllt, die Sache zur Ruhe kommen zu lassen, vermeide ich es auch, der von den Dresdner Nachrichten wahrlich nicht glücklich gewöhnten Verurteilung auf den Hofprediger Stöder näher zu treten. Iedenfalls wird es bei jedem anständig denkenden Menschen zur Kennzeichnung der Tendenz, welche die Mitteilung an die Dresdner Nachrichten auszeichnet, dienen, daß darin von einem eingewanderten Orleansfabrikanten geprochen und mein Schwager als flüchtig hingestellt wird, obwohl derzeit nicht allein Zittau nicht verlassen, sondern sogar persönlich, einige Stunden nach dem traurigen Vorfall die Anzeige beim Gericht erstattet hat. Endlich sei noch bemerkt, daß, wenn „Freunde“ von mir oder meinem Schwager Freude über das Schicksal des Judenfeindes Roscher geäußert haben, diese mir unbekannten Herren sich jedenfalls mit ihrer Ansicht im grössten Wider spruch mit dem Gefühl, welches mich und ganz besonders meinen Schwager erfüllt, befinden. Mein Schwager trat mit seinem Gefühl der innigsten Theilnahme auf dem Kampfplatz schon so offen zu Tage, daß der Secundant des Gegners — einer unserer geachteten Advocaten — ihm tröstend sagte: „Hrn. Billig, der Ausgang ist traurig, doch Sie haben sich keinen Vorwurf zu machen.“ Ebenso sprach sich der unparteiische Zeuge — einer der respectabelsten Hauptleute unserer Garnison — in gleicher Weise mit höchster Anerkennung über das Verhalten meines Schwagers bei und nach der Affäre aus. Ich spreche zum Schlus die Erwartung aus, daß diejenigen Blätter, welche den Artikel der Dresdner Nachrichten abgedruckt haben, auch von dieser Verichtigung Nutzen nehmen.“ Gustav Fränkel.

Inzwischen bringen die Dresdner Nachrichten in ihrer neuesten Nummer (vom Montag) wiederum weiteres „Zur Ergänzung“ des Thatbestandes. Sie schreiben:

Der Regierungsrath Dr. Roscher hatte bereits zu der Zeit, als er noch in Zittau Handelsstammechtheit war, sic in Folge persönlicher Angriffe der Morgen-Zeitung wiederholt veranlaßt geschenkt, gegen dieses Blatt Strafanträge zu stellen. Vor kurzem nun enthielt dasselbe eine sehr gehässige Denunciation des Dr. Roscher, in welcher ihm ohne jeden Anhalt die Autorschaft eines freihändlerischen Artikels zugeschrieben wurde, welcher die Lage der Weber in der Laufzeit auf Grund amtlicher Ermittlungen klar legte und auf die

drückende Höhe der neuen Finanzsätze auf Petroleum, Getreide und Butter hinzu. Dieser denunciatoreische Artikel war von G. Gräfle verfaßt und wurde, wie Dr. Roscher constatirte, anonym dem Minister des Innern zugestellt. Die denunciatoreische Absicht lag klar zu Tage, da nicht allein die Staatsanwaltschaft auf die angebliche Staatsgefährlichkeit des Artikels hingewiesen, sondern auch Verwundung darüber bestand, daß der Verfasser dieses und ähnlicher, die neue Wirtschaftspolitik des Reiches befürwortenden Artikels im Dienste eines mit Preußen verbündeten Staates stehen sollte. Eine Entgegennahme Dr. Roscher's aufzunehmen, weigerte sich die Bittauer Morgen-Zeitung. Eine sehr scharfe Notiz im „Briefkasten“ des genannten Blattes gab schließlich den direkten Anlaß zu einer Forderung des Regierungsrathes Roscher an Billig. Roscherlich durch einen Freund in Bittau, den Advocaten Oppermann, an Hrn. Billig die Forderung überbringen, entweder eine Ehrenklärung in der Bittauer Morgen-Zeitung zu veröffentlichen oder sich mit ihm zu schließen. Hr. Billig entschloß sich für letzteres und die Sache zog sich durch die Zwischenverhandlungen vorle 16 Tage hin. Das Duell selbst fand nun Mittwoch vor 9 Uhr in einem Wäldchen bei Bittau statt. Dieses Wäldchen liegt jenseit der deutschen Reichsgrenze auf österreichischem Boden. Infolge von feuchter Witterung versagte die Pistole des Dr. Roscher zweimal und die des Hrn. Billig einmal. Dann schoß zuerst Dr. Roscher und zwar vordem und gleich darauf, etwa eine halbe Sekunde später, Hr. Billig.

† Leipzig, 19. Oct. Der Verein zur Feier des 19. October beginnt seine Jahresfeier diesmal bereits am Abende des 18. Oct. und zwar in den reichsgeschmückten Sälen des Kaufmännischen Vereins.

Unter den Festgenossen bemerkten wir eine Anzahl der Mitglieder des Reichsgerichts, den Präsidenten Simonson an der Spitze, ferner den Stadtkommandanten General-lieutenant v. Montbœuf, Oberbürgermeister Dr. Georgi und andere hervorragende Persönlichkeiten; auch eine Anzahl Damen zierten die Reihen der Anwesenden. Derselbe treffliche Kreis von Sängern, der schon seit einer Reihe von Jahren der Versammlung die Weihe seiner Lieder schenkt, eröffnete auch gestern den ersten Theil des Festakts und zwar mit dem Körner'schen „Gebet vor der Schlacht“, componirt von R. M. v. Weber. Professor Dr. Naumann, welcher auch in diesem Jahre wieder die Festrede übernommen, schilderte die heldenhafte Persönlichkeit der Kämpfer von 1813, die stiftliche Bedeutung der Erhebung jenes großen Jahres und ihrer Nachwirkungen bis auf den heutigen Tag, die sich namentlich in Hinsicht auf den Gedanken der Einigung Deutschlands immer und immer wieder geltend gemacht. Redner stellte dabei sehr anziehende Vergleiche zwischen 1813, 1866 und 1870 an und gedachte der im abgelaufenen Jahre heiligengangenen, welche an der Zeit des Befreiungskrieges stattgefunden, so des Superintendents Horn, des Stifters der Burschenschaft, des Schneiders Große, der an mehreren Feldzügen teilgenommen, des Kirchenrats Langenthal, des leichten Lüttwitz, des Professors Lange in Halle a. S., des Majors v. Larisch u. Auch der Verein selbst hatte im vorerwähnten Jahre zahlreiche Verluste zu beklagen, indem ihm der Tod namentlich mehrere hochbetagte Mitglieder entzog, von denen wir Professor Hänel, Architekt Klemm, Advocat Werner, Advocat Hartung, Lehrer Gesell und Maler Schieferdecker erwähnen. Letzterm verbandt der Verein die vorzüglichsten auch diesmal den Saal einrahmenden Brustbilder von Führern aus dem Befreiungskriege. Zum Schluss gedachte der Vorsitzende Professor Naumann der Verdienste des Advocaten Schrey, welcher aus Gesundheitsrücksichten aus dem Vorstande ausgeschieden, dem er viele Jahre angehörte. Der von Kaufmann Grämer erstattete Kassenbericht gab ein ganz angenehmes Bild von der finanziellen Lage des Vereins. Die Festtafel ward durch ein „Dansestück“ Mahlmann's, eines der Begründer des Vereins, eingeleitet, welches Professor Naumann nach der Urhandschrift des Dichters vortrug. Die Büchner'sche Kapelle verschonte die Tafel durch ausgezeichnete Musikkonzerte, und die schon erwähnten Sänger ließen noch verschiedene patriotische Weisen erklingen. Der erste Trunkspruch, vom Vorsitzenden gebracht, galt Kaiser Wilhelm und König Albert, der zweite, von Consul Beckmann, dem deutschen Heere, der dritte, von Hrn. Grämer, der Stadt Leipzig. Fünft letztem sprach Oberbürgermeister Dr. Georgi den Dank der Stadt aus und knüpfte daran ein Hoch auf „den Sieger bei Weissenburg und Wörth, die Hoffnung des deutschen Volkes, den hohen Geburtssträger des 18. Oct., den Kronprinzen des Deutschen Reiches“. Ober-Rechtsanwalt Dr. v. Seedorff brachte dem Verein ein Hoch, der seinen Sitz in einer Stadt habe, „welche Taufpatin der Tage der Befreiung von fremdem Joch und der Einigung Deutschlands zu Einem Reich“ sei. Auf einen den Gästen, besonders aber den Mitgliedern des Reichsgerichts gewidmeten Trunkspruch erwiderte Präsident Bingner, indem er namentlich die gemütliche Seite des Verkehrs in Leipzig hervorholte.

Leipzig, 20. Oct. Vorgestern Abend ist der Generalpostmeister Dr. Stephan auf der Thüringer Bahnhof hier eingetroffen, hat im Hotel Sedan Wohnung genommen und ist heute Vormittag 9 Uhr 10 Min. nach Berlin zurückgefahren.

Wie einem Bericht der Leipziger Zeitung aus Osnabrück vom 14. Oct. zu entnehmen, lennte

in der dort abgehaltenen diesjährigen Conferenz der Lehrer des osmanischen amtschäftschaftlichen Bezirks der Vorsitzende Schulinspector Dr. Winkler mehrere verdorbliche Geistesströmungen des modernen Lebens, welche wol im Stande seien, das geistliche Wirken der Volksschule zu paralyzieren. Ihnen gegenüber gelte es für jeden Lehrer, auf der Hut zu sein. Kirchschullehrer Preil-Naundorf sprach sich über den Haussleiß und die Hausaufgaben der Kinder der einfachen Volksschule aus. Director Ahnert gab eine Darlegung über „Zeitverschwendungen in der Volksschule“, manche Gebrechen des heutigen Volksschulunterrichts aufdeckend, deren Beseitigung jedem Lehrer in die Hand gelegt ist.

Leipzig, 20. Oct. Nach Beendigung der diesjährigen Michaelismesse löst sich aus der Anzahl der bei vielfigem Polizeiamte erlaubten Freudenammlungen im Vergleich zu den vorhergehenden Messen eine entschiedene Abnahme der Frequenz constatiren. Während nämlich während der letzten Messen 1880 1881 Fremde und zwar 10704 aus Gast- und 9136 aus Privathäusern angemeldet und 8406 Anmeldebescheinige ausgestellt worden sind, erfolgten im Laufe der Michaelismesse 1878 20134 Anmeldungen, davon 294 mehr, und wurden 9063 Anmeldebescheinige, daher 657 mehr verabschiedet und betrug während der letzten Michaelismesse die Zahl der Anmeldungen 20253, daher 413 mehr und die Zahl der Anmeldebescheinige 9263, also 857 mehr als bei der ebenverlorenen Michaelismesse.

Handel und Industrie.

Nach Berichten des Consuls von Johore in Indien an die Chronique de l'Industrie wird seit einiger Zeit auf dem mechanischen Sägewerke in Oshabur das Holz des Kamphorbaums sowol zu Zimmermannsarbeiten als auch in der Möbelindustrie mit dem besten Erfolge verarbeitet. Der Kamphorbaum wächst in den dortigen Wäldern, ist mit 30 Jahren vollkommen ausgewachsen und erreicht einen Umfang bis zu 4 Metern. Dieses Holz behält seinen Wohlgeruch immer bei und wird durch denselben vor dem Angriffe der Insekten geschützt. Ganz besonders eignet sich dasselbe zu Wasserbauten, da es sehr dicht ist und wenig empfänglich für Veränderungen. Es ist von hübschem Ansehen, läßt sich sehr leicht schnitzen und polieren und hat daher in Indien für bessere Möbel bereits eine große Verbreitung gefunden. Erhöhte Wertschätzung ist auch die große Tragfähigkeit dieses Holzes; so trägt z. B. eine Stange von 1 Meter Länge, 0,50 Breite und 0,50 Stärke 590 Kilogramm ohne zu brechen. Ein Umsatz, welcher den Export nach entfernten Ländern ungemein erschwert, ja beinahe unmöglich macht, ist dessen großes Gewicht. Ein Kubometer desselben wiegt 1,15 Kilogramm.

* San-Francisco, 18. Oct. Infolge des Aufschwunges des Handels und der Preissteigerung für Weizen ist hier die Nachfrage nach Frachtfrachten ganz außerordentlich gestiegen, die Exporteure telegraphieren überall hin, um Schiffe zu mieten.

* Bremen, 18. Oct. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 8,15, per November 8,20, per December 8,30, per Januar-März 8,30.

* Antwerpen, 18. Oct. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffineries, Type weiß, loco 19%, bez. u. Br., per November 19% bez. 19%, Br., per November-December 19% bez. u. Br., per Januar-März 20% bez. 20%, Br. fest.

* Glasgow, 18. Oct. Die Vorräte von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 339700 Tons gegen 198500 Tons im vorigen Jahre. Zahl der im Betrieb befindlichen Hohöfen 89 gegen 82 im vorigen Jahre.

* Liverpool, 18. Oct. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 7000 Ballen, davon für Speculation und Export 500 Ballen. Stetig. Mittl. amerikanische October-November-Lieferung 6%, November-December-Lieferung 6%. D.

Börsenberichte.

* Berlin, 20. Oct., 12 Uhr 10 Min. Eröffnungseröffnung. Deut. Creditact. 460,—, Deut.-Franz. Staatsb. 455,50, Deut. Südbahn (Lomb.) 137,—, Berg.-Märk. 91,75, Röhn-Winckler 141,60, Galiz. Karl-Ludwigsb. 103,90, Rhein. 146,50, Rumän. 40,90, Disconto-Comm. 165,50, Königs- und Laurahütte 89,75, Ost. Post. 1860 123,10, do. Goldrente 40,40, do. Silberrente 59,90, do. Papierrente 58,90, Russ. Kul. v. 1877 89,—, do. Banku. 215,75, Deut. 125,50, Ung. Goldrente 82,90, Leubenz: ziemlich fest.

Aus Wien bekannte Kurse von 11 Uhr 10 Min. vorm. Deut. Creditact. 265,60, Deut.-Franz. Staatsbahnact. 265,—, Deut. Südbahn (Lomb.) 96,10, Galiz. Karl-Ludwigsb. 240,25, Deut. Goldrente —, Deutsche Marknoten 57,85, Napoleonsb'or 9,34. Tendenz: schwächer.

* Berlin, 18. Oct., 3 Uhr 5 Min. Jonds. Deutsche Reichsanleihe 98,10, 4proc. preuß. consol. Kul. 97,40, 3proc. sächs. Rente 75,10, Deut. 1860er Post 121,70, do. Papierrente 58,70, do. Silberrente 59,80, do. Goldrente 69,80, Ungar. Goldrente 82,—, russ. consol. 5proc. Anleihe 1877 88,70, do. Prämienanl. 152,70, do. Orient. II 60,60.

Bankaktionen. Allg. Deutsche Creditanst. 137,10, Chemn. Bank. 86,25, Darmst. Bl. 133,25, Deutsche Bl. 125,60, Deutsche Reichsb. 153,—, Disconto-Comm. 164,90, Dresden. Bl. 117,—, Geraer Bl. 87,—, do. Handels- u. Creditbank 40,50, Gothaer Bank 95,—, Leipziger Discontoact. 78,25, Meining. Creditanst. 81,90, Sächs. Bl. 111,30, Schönbr. Bank. 22,—, Thür. Bl. 191 M. p. St. Weim. Bl. 36,75, Dößert. Creditanst. 457,—, Berl. Handelsact. 71,50.

Industriaktionen. Gelsenkirchen 110,—, Königs- u. Laurahütte 89,60. Eisenbahnaktionen. Auffig.-Teplicher 167,50, Berlin-Potsd. Magdeb. 90,—, Berlin-Stettin 109,—, Bresl.-Schweidn.-Freib. 84,70, Halle-Sorau-Guben 14,—, Magdeb.-Halberst. 141,25, Mainz-Ludwigsb. 79,50, Oberschl. La. A 164,—, Deut. Nordwestb. 224,50, Prag-Turnauer 40,50, Rechte Übernatur 180,25, Rumänier Stammact. 39,80, do. Stammact. 97,75, Thür. 140,80, Weimar-Gera Stammact. 19,—, Berg.-Märk. 91,60, Berlin-Anh. 99,75, Köln-Wind. 141,60, Galiz. Karl-Ludwigsb. 103,60, Franzosen 457,—, Lomb. 137,—, Rhein. 145,80.

Sorten. Napoleonsb'or 16,15, Deut. Banknoten 173,30, Russ. Banku. 216,25, Deut. Silberguuben —, Wechsel. Amsterdam f. S. 168,40, do. 2 M. 167,50,

Belg. Bankpl. 10 Tage 80,35, do. 2 Mon. 80,—, London f. 20,35, do. 3 Mon. 20,255, Paris f. S. 80,45, Pfenn. burg f. S. 215,70, do. 3 M. 213,50, Wotfhan f. S. 215,60.

* Frankfurt a. M., 18. Oct. Schlußcurse: London Wechsel 20,360, Wiener Wechsel 172,60, Sprac. Sächsische Rente 75%, Deut. Goldrente 69%, Ungar. Goldrente 81%, Russ. Orient-Anl. II 60%, Röhn-Winckler 141%, Galiz. 207, Hess. Ludwigsb. 79%, Lombarden 68%, Staatsb. 228, Danzig. Bankact. 183%, Meining. 81%, Deut. Creditact. 226%.

* Frankfurt a. M., 19. Oct., 5 Uhr 50 Min. Effecten-Societät: Creditacten 229, Franzosen 299%.

* Hamburg, 18. Oct. Silberrente 59%, Goldrente 70, Creditact. 227%, 1860er Post 122%, Franz. 572, Lomb. 170, Ital. Rente 77%, 1877er Russen 89, Berlin-Bank 120%, Laurahütte 89%, Commerzbank 111%, Norddeutsche 146%. Intern. Bl. — Amerik. 95%, Röhn-M. 141%.

* Paris, 18. Oct., 1 Uhr — Min. Anleihe v. 1872 117,15, Staatsbahn 568,75, Lomb. 178,75.

* Paris, 18. Oct., 3 Uhr nachm. Sprac. amortisirb. Rente 88,80, Sprac. Rente 82,40, 1872er Anleihe 117,27%, Ital. 5proc. Rente 79,30, Deut. Goldr. 70,— Ung. Goldr. 84%, 1877er Russen 92%, Franz. 573,75, Lomb. 180,— do. Prior. 261,—, 1865er Russen 11,65, 1869er —.

* London, 18. Oct. Consols 97%, Ital. Sprac. 1871er Russen 77%, Lomb. 71%, Sprac. 1871er Russen 86%, do. 1872er 86, do. 1873er 89, Silber —, 1865er Russ. 86, Anleihe 11%, 1869er do. —, 5proc. Amerik. 105%, Deut. Silberrente —, Papierrente 59%.

* New York, 18. Oct. abends. Wechsel auf London in Gold 4,80%, Wechsel auf Paris 6,23%, Sprac. 5/20er Bonds 103%, 1877er Bonds 102%, Griechenland 39%.

Leipziger Productenbörse vom 20. Oct. Witterung: Regen. Spiritus loco 57,80 G.; sehr gestiegen.

* Leipzig, 20. Oct. Es konnte angesichts der überaus glänzenden Meldungen, welche heute vorlagen, erwartet werden, daß die Börse in freundlicherer Stimmung verbleiben werde als während der Vorlage, wo die Nachrichten von den übrigen Plätzen unbefriedigend lauteten. Thatsächlich erfüllte die Börse die auf sie gesetzten Erwartungen; denn sie zeigte in ausgesprochen fester Haltung ein und blieb denselben auch während ihres ferneren Verlaufes ohne Unterbrechung treu. Das Geschäft nahm umfangreichere Formen an, insbesondere stand sowol der Markt für Eisenbahnpapiere wie auch Auslagepapiere in Gunst, deren Kurse zunahm auf einem gegen damals etwas erhöhten Standpunkt stabilisierten.

In den sächsischen Staatspapieren entwickelte sich heute umfangreicheres Geschäft, insbesondere gingen von Renten große Summen um. Reichsanleihe kam wenig in Betracht. Ausländische Fonds sehr fest und zum Theil etwas höher.

Der Börsenmarkt war belebt und recht fest; belangreiches Geschäft fand in Rumänien statt, welche circa 1 Proc. im Eur. gewannen; ferner waren Potsdamer, Buschlehrer B., Halle-Sorauer, Mainzer, Rheinische, Thüringer und Bergische belebt und teilweise höher.

Von den Stammprioritäten waren Halle-Sorauer ganz erheblich höher, auch Goschwitz-Meuselwitzer und Rumänien zogen im Eur. an.

Bankaktien fest, aber still; Leipziger Bank und Leipziger Credit preishaltend. Dresdner Bank steigend, ebenso Leipziger Kassenverein.

Industrieaktionen belebter; Leipziger Malfabrik haussierten um 3 Proc., ebenso stellten sich Holzstoff, Niederschlema und Grauegger höher.

Prioritäten in ziemlich gutem Verkehr; bevorzugt blieben Buchlehrer und Prag-Dur.

Neueste telegraphische Depeschen.

* Frankfurt a. M., 20. Oct. Der am Sonnabend von Berlin hier eingetroffene Staatsminister v. Bülow ist schwer erkrankt.

* Madrid, 20. Oct. Der Verlust von Menschenleben in Murcia infolge einer Überschwemmung belief sich über 500, der Eigentumsschaden über 30 Mill. Authentisches liegt noch nicht vor.

* Paris, 19. Oct. Gegenthiligen, von den Journalen verbreiteten und tatsächlich unbegründeten Gerüchten gegenüber erklärt eine von der Agence Havas veröffentlichte Note, daß sich der Präsident Grévy mit seinem Cabinet in vollstem Einvernehmen befindet und daß auch unter den Ministern keinerlei Meinungsverschiedenheit bestehe.

* London, 20. Oct. Der Daily News meldet: „Die Regierung ordnete den sofortigen Eisenbahnbau nach Kandahar an.“ Einer Meldung der Times aus Kabul folge war dort der Anmarsch von drei afghanischen Cavalerie- und fünf Infanterieregimenten von Turkestan her signalisiert.

* London, 19. Oct. Dem Reuter'schen Bureau wird aus Simla von heute gemeldet, der Emir Jakub-Schan habe den Entschluß fundergeben, abzubauen. General Roberts habe sich vergeblich bemüht, ihn zu überreden, diese Absicht aufzugeben. Es seien provisorische Bocklehrungen getroffen worden, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und die Verwaltung weiterzuführen. Weiter wird dem genannten Bureau gemeldet, daß der in dem Gebirge Naga, südlich von der Provinz Assam (Präfektur Bengal), anfängliche englische Commissar von dem Stamme der Nagas ermordet worden sei.

* Konstantinopel, 19. Oct. In der gestrigen bezüglich der griechischen Grenzregulirungsfrage stattgefundenen Conferenz haben die griechischen Commissare erklärt, von der letzten türkischen Declaration Act zu nehmen. Die Fortsetzung der Befreiung wurde auf nächsten Montag vertagt.

